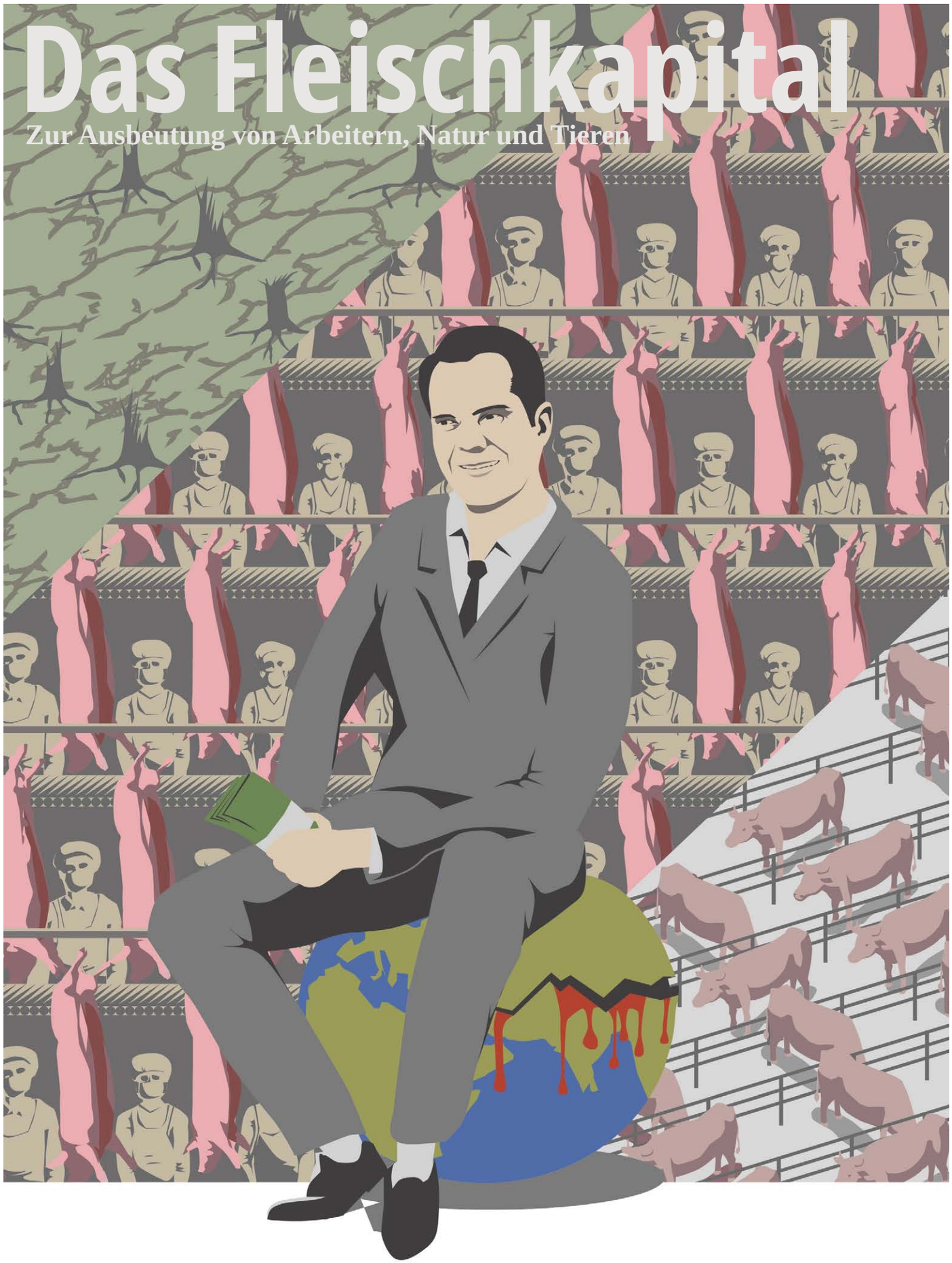
Das Fleischkapital

Zur Ausbeutung von Arbeitern, Natur und Tieren



Lohnsklaverei

Interview mit zwei Schlachthofarbeitern

Coronavirus

Superspreader Agrobusiness

Imperialismus

Die Fleischindustrie in der globalen politischen Ökonomie

Editorial

Die Coronakrise hat es einmal mehr gezeigt: Die Fleischindustrie ist ein Eldorado für die skrupellosesten Ausbeuter des modernen Kapitalismus. Ihre Bosse lassen Lohnabhängige für Hungerlöhne schuften, Tiere abschlachten und natürliche Lebensgrundlagen zerstören – für den Profit wird alles ohne Rücksicht auf Verluste verheizt. Mit Auswirkungen, die längst auch für die Mehrheit der Bevölkerung auf dem Planeten und sein Ökosystem eine ernsthafte Bedrohung darstellen.

Zig Milliarden Tiere werden weltweit pro Jahr unter furchtbarsten Bedingungen gehalten, gemästet und getötet. Die Fleischindustrie und die mit ihr kooperierenden Agrarkonzerne holzen Regenwälder für Weideflächen und Tierfutteranbau ab, blasen massenhaft Treibhausgase in die Atmosphäre und zerstören Existenzgrundlagen von Lohnabhängigen und Bauern in den Ländern der Peripherie – sie sitzen vor allem im »Zentrum des imperialistischen Weltsystems«, wie es in einem Beitrag dieser Zeitung heißt. Global verbreiten sich mittlerweile auch die Krankheiten, welche die Fleischkapitalisten uns einbrocken: Zwei unserer Autoren zeigen in einem kurzen Essay etwa, dass die industrielle Tierzucht, der Handel mit Wildtieren und die Schlachtfabriken mitverantwortlich für die Entstehung und Ausbreitung von Krankheitserregern wie SARS-CoV-2 und Pandemien sind. Darüber hinaus trägt der Antibiotika-Einsatz in der Mast dazu bei, dass Menschen wieder an heilbaren Krankheiten sterben müssen.

Die Arbeiterklasse wird in der Industrie brutal ausgenommen: In der Bundesrepublik werden überwiegend migrantische Kollegen in der Fleischverarbeitung systematisch (über-)ausgebeutet – von Gesundheitsschutz oder Mitbestimmung fehlt hier meist jede Spur, wie uns zwei ehemalige Schlachtarbeiter berichten, die wir in einem ausführlichen Interview zu Wort kommen lassen. Aber auch Lohnabhängige werden in die Propagandamaschine des Mordgeschäfts eingebunden: Mit riesigen Werbekampagnen zur Verbreitung einer karnivoren Lebensweise, auf die manche sogar ihre ganze Identität gründen, sichern sich seine Bosse eine politische und kulturelle »Fleischhegemonie« – selbst weite Teile der Linken glauben, das Proletariat brauche Grützwurst und Schinkenspeck wie die Luft zum Atmen.

Wie ein Brennglas zeigt die Fleischindustrie also die Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse eines Systems auf, in dem Arbeiter, Tiere und Natur bloß Mittel der Profitmaximierung sind.

Es besteht daher kein Zweifel, dass die Umwälzung dieser lebensfeindlichen Verhältnisse notwendig ist. Die Frage ist allerdings, wo wir dabei ansetzen müssen: Denn es sind eben nicht »die Menschen« oder »wir alle«, wie es in den Medien und auch Teilen der Vegan- oder Tierbefreiungsbewegung immer wieder heißt, die für die Ausbeutungsbeziehungen der Fleischindustrie verantwortlich sind und von ihnen profitieren. Schließlich dürfen die allermeisten Menschen ja nicht darüber verfügen, was und zu welchen Bedingungen die Unternehmen produzieren – es ist aber vor allem die Produktion von Fleisch, und nicht erst dessen Konsum, welche die genannten Verheerungen verursacht. Die Entscheidungsmacht über die Produktion liegt nicht bei den Konsumenten, sondern bei jenen Teilen der herrschenden Klasse, die mit der Aufzucht und Mast, Tötung und Verarbeitung von Tieren oder mit deren Handel Gewinne machen – dem Fleischkapital. In Deutschland steht hier eine hochgradig monopolisierte Struktur weniger Konzerne an der Spitze – Tönnies, Vion, Westfleisch, die PHW-Gruppe –, die in der Branche den Ton angeben, in der Schweiz sind es vor allem die Bell Food Group und Micarna. Dieser Maschinerie und ihrem schonungslosen Verschleiß der Natur, Tiere und Arbeiter widmet sich die Zeitung, die Sie in den Händen halten.

Doch bei so viel kritischer Analyse soll der Widerstand nicht unreflektiert bleiben: Interviews mit Kommunisten aus Deutschland und Brasilien zeigen, wie der Kampf gegen Naturzerstörung und die Fleischindustrie aussieht und aussehen kann. Zugleich beschäftigen sich unsere Autoren mit der Frage, ob technologische Innovationen wie In-vitro-Fleisch, neue Tierschutzpolitiken oder franchiseartig organisierte Proteste im Stile der neuen Tierrechtsorganisation Anonymous for the Voiceless einen Ausweg aus den Verwerfungen des Fleischkapitals bieten.

Und weil politische und kulturelle Opposition Hand in Hand gehen, widmen wir uns in einem ausführlichen Kulturteil schlussendlich auch der Kunst: Der israelische Soziologe und Historiker Moshe Zuckermann etwa interpretiert für uns das Gedicht »Ode an die Revolution« von Wladimir Majakowski, und Susann Witt-Stahl, Chefredakteurin des Magazins für Gegenkultur Melodie & Rhythmus stellt theoretische Überlegungen zu revolutionärer Kultur an. Außerdem finden sich in dieser Zeitung Rezensionen von Filmen, Musikalben und Büchern, die sich kritisch mit der Fleischindustrie und Schlachthofgesellschaft auseinandersetzen.

Wir machen uns keine Illusionen: Das Fleischkapital und seine Lobby – das haben nicht zuletzt die Verhandlungen über das »Arbeitsschutzkontrollgesetz« im Deutschen Bundestag im vergangenen Jahr gezeigt –, sind ein übermächtiger Gegner, und man schlägt ihn nicht allein durch die Publikation von Zeitungen und Artikeln. Es bedarf der Organisation politischer Macht für den Klassenkampf. Doch so ein Projekt braucht eine Agenda und die Verständigung derer, die daran ein Interesse haben – oder haben sollten. Dazu wollen wir einen kleinen Beitrag leisten und neue Impulse für einen gemeinsamen durchschlagenden Widerstand geben: Unsere Zeitung soll soziale Bewegungen, Gewerkschafts- und Betriebsaktive, Kommunisten und Sozialisten ebenso wie die Tierbefreiungs-, Ökologie- und Klimabewegung anregen, sich gegen das Fleischkapital und für ein wirklich revolutionäres und zivilisatorisches Projekt zusammenzutun: die Enteignung und Konversion der Fleischindustrie hin zu veganer, ökologisch nachhaltiger und demokratisch kontrollierter Produktion. So eine Allianz liegt gegenwärtig noch in weiter Ferne. Sie muss aber heute geschmiedet werden, damit morgen eine versöhnte und vernünftig eingerichtete Gesellschaft ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Naturzerstörung Wirklichkeit werden kann.

Wir bedanken uns bei allen, die unser Zeitungsprojekt durch Spenden und andere Beiträge möglich gemacht haben und wünschen eine erkenntnisreiche Lektüre!

Bündnis Marxismus und Tierbefreiung
März 2021

Impressum:
Die Zeitung »Das Fleischkapital. Zur Ausbeutung von Arbeitern, Natur und Tieren« wird herausgegeben vom Bündnis Marxismus und Tierbefreiung **V.i.S.d.P.**: B. Nabor, Stellinger Weg 4, 20255 Hamburg **Auflage** 10.000 Exemplare **Layout und Titelbild** Thomas Grenzebach **Druck** Union Druckerei Berlin **Finanzielle Unterstützung** TierrechtsTopf 2020 in Andenken an Bettina Rehberg **Kontakt** mutb@riseup.net **Web** fb.com/marxismusundtierbefreiung **Spendenkonten** Deutschland: TAN, IBAN: DE13 2003 0000 0003 6034 38; Schweiz: Aktion Tierrechte, IBAN: CH18 0900 0000 8574 1502 6 **Publiziert** Hamburg/Zürich, März 2021

Inhalt

»Wegwerfmenschen« für das Kapital
Die Lage der arbeitenden Klasse in der Fleischindustrie. Überblick und Interview 4

Fleischhegemonie
Oder: Warum die Tierausbeutung immer noch akzeptiert wird 8

Im Zentrum des imperialistischen Weltsystems
Wie das deutsche Fleischkapital von internationalen Ausbeutungsverhältnissen profitiert 10

Den Widerspruch beim Namen nennen
Interview mit der brasilianischen Kommunistin, Tierbefreiungsaktivistin und Feministin Maila Costa 12

Eine technische Lösung für ein soziales Problem?
In-vitro-Fleisch ist vor allem ein neues Big Business 14

Superspreader Fleischkapital
Das Agrobusiness als Treiber der Coronapandemie und anderer Seuchen 16

Die Schweizer Volksinitiative gegen Massentierhaltung
Über alten und neuen Tierschutz und weshalb er die Abschaffung der Tierausbeutung nicht voranbringt 18

Aktivismus als Selbstzweck
Der Franchise-Protest von Anonymous for the Voiceless 20

Klimakampf am Werktor
Münchener Umweltaktivisten wollen grundlegende gesellschaftliche Veränderungen statt moralische Appelle 22

Verpestet. Verschmutzt. Verwüstet.
Wie die Tierproduktion die Natur zerstört 24

Vegankonsum statt Klassenkampf
Wie zwei Dokumentarfilme den kapitalismuskonformen Umgang mit Naturzerstörung und Tierausbeutung propagieren 25

Tiefste Menschlichkeit
Zum Motiv der Tierrettung in Wladimir Majakowskis »Ode an die Revolution« 26

Eine andere Wirklichkeit hervorbringen
Anmerkungen zu revolutionärer Kunst, Gegenkultur und Ästhetik 28

Gesehen. Gehört. Gelesen.
Rezensionen 30

»Wegwerfmenschen« für das Kapital

Ob das neue »Arbeitsschutzkontrollgesetz« die Zustände in der deutschen Fleischindustrie verbessert, bleibt fraglich. Ein Überblick und Interview mit ehemaligen Schlachtarbeitern

Corona-Ausbruch in Schlachthöfen – kann ich noch bedenkenlos Schnitzel essen?« Solche Schlagzeilen gingen im Jahr 2020 mehrmals durch die Presse, nachdem sich tausende Arbeiter in bundesdeutschen Fleischfabriken mit SARS-CoV-2 infiziert hatten. Kaum einer der Corona-Hotspots wurde daraufhin vorübergehend dichtgemacht – die »Produktion« von Fleisch hatte schließlich das Prädikat der »Systemrelevanz« erhalten. Die Ausbreitung der Pandemie machte aber unübersehbar, was man im Prinzip schon lange wusste: In der Fleischbranche haben in den vergangenen Jahren vor allem migrantische Werkvertragsarbeiter aus Osteuropa unter katastrophalen Bedingungen zu Billiglöhnen und ohne angemessenen Arbeits- und Gesundheitsschutz geschuftet – weitgehend ohne gewerkschaftliche Interessenvertretung.

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) ließ nach den ersten Infektionsskandalen in Schlachtbetrieben im Mai 2020 verlautbaren, er wolle nun »aufräumen mit diesen Verhältnissen«. Sein Amtskollege in Nordrhein-Westfalen Karl-Josef Laumann (CDU) sekundierte, die Zustände in der Fleischwirtschaft seien »weder mit einem christlichen Menschenbild noch mit der sozialen Marktwirtschaft vereinbar«. Über diese plötzliche Empörung der Politiker kann man sich nur wundern, denn Gründe für ein Aufräumen mit den Ausbeutungsbeziehungen in der Branche gab es auch lange vor Corona zur Genüge. Wie sehen diese Verhältnisse aus? Eine kurze Übersicht und ein Interview mit zwei ehemaligen Schlachthofarbeitern sollen einen Einblick geben.

Ein undurchsichtiges System

Nach Angaben der Bundesregierung waren in Deutschland im Juni 2019 insgesamt 189.466 Menschen im Bereich »Schlachtung und Fleischverarbeitung« beschäftigt, davon 35.235 in Schlachthöfen und 154.231 in der Weiterverarbeitung. Diese Zahlen spiegeln allerdings nur sozialversicherungspflichtig sowie geringfügig Beschäftigte wider – und damit bloß einen kleinen Teil der Lohnabhängigen dieses Industriezweigs. Wie viele Menschen das deutsche Fleischkapital für seine Profite arbeiten lässt, weiß niemand genau. Nach Gewerkschaftsschätzungen waren im Kernbereich der Produktion in den vergangenen Jahren teilweise bis zu 80 Prozent der Belegschaft über Subunternehmen angestellte Werkvertrags- und Leiharbeiter. Die Bundesregierung gab im Oktober 2020 in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Partei Die Linke unter Berufung auf die Berufsgenossenschaft Nahrungsmittel und Gastgewerbe (BGN) an, im Jahr 2019 seien 48.244 Werkvertragsarbeiter in der Branche beschäftigt gewesen – das wären 40 Prozent aller bei der BGN gemeldeten Fleischarbeiter. Diese Daten zeigen aber höchstens die Spitze des Eisbergs, denn Werkvertragsbeschäftigte werden auch bei anderen Berufsgenossenschaften gemeldet und Zahlen zu Leiharbeit werden gar nicht erst statistisch ermittelt, sondern beruhen ausschließlich auf Selbstauskünften der Konzerne. Diese Undurchsichtigkeit der Beschäftigungsverhältnisse hatte und hat System – sie sichert der Industrie einen möglichst ungestörten Ausbeutungsprozess und erschwert gewerkschaftliche Organisierung.

In der Branche gibt eine Handvoll Großkonzerne, allen voran Tönnies, die Gestaltung der Arbeitsbeziehungen und -bedingungen vor. In den letzten Dekaden haben sie diese so für sich optimiert, dass sie massiv von Billiglohnarbeit profitieren konnten, ohne sich mit der Organisation der Überausbeutung selbst die Hände schmutzig machen zu müssen. Denn alles, was dafür nötig ist, wurde bisher an Subunternehmen ausgelagert.

Organisiertes Lohndumping

Vom Reichtum, den die Arbeiter erwirtschaften, sehen sie selbst nur wenig. Zwar gilt in der Branche seit 2014 ein Mindestlohn von derzeit 9,50 Euro. Von diesem hat der Großteil der Arbeiter in den Schlachthäusern allerdings gar nichts: Bis dato haben Subunternehmer bei Tönnies und Co unter anderem durch unbezahlte Überstunden und Lohnabzüge für Wuchermieten dafür gesorgt, dass der Mindestlohn unterlaufen wird.

Das Kapital hat so die Überausbeutung hauptsächlich osteuropäischer Arbeitsmigranten perfektioniert. Der Anteil der Beschäftigten in der Fleischindustrie ohne deutschen Pass hat sich in den letzten zehn Jahren mehr als verdreifacht, wie die Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der Linkspartei von 2019 deutlich macht. Viele der Kollegen sprechen kein Deutsch und kennen ihre Rechte nicht. Manchmal, so wird berichtet, würden Subunternehmer sogar ihre Pässe einstecken. Die Möglichkeiten, sich gegen Lohnprellerei und schlechte Arbeitsbedingungen zur Wehr zu setzen, sind entsprechend eingeschränkt. Die Schlachthofarbeiter sind für das Fleischkapital »Wegwerfmenschen«, wie der Pfarrer Peter Kossen aus Lengerich, der diese Zustände in der Fleischindustrie seit 2012 skandalisiert, den Zynismus dieses Systems treffend beschrieben hat.

Verbot der Werkvertragsarbeit – Ende der Ausbeutung?

Die staatliche Politik hat dem organisierten Lohndumping bislang nichts entgegengesetzt, sondern es vielmehr – etwa durch unterlassene Eingriffe, lasche Regelungen und ein mangelhaftes Kontrollwesen – mit ermöglicht. Indes folgte auf Hubertus Heils Ankündigung, mit den schlimmsten Verhältnissen in der Branche aufzuräumen, tatsächlich das neue »Arbeitsschutzkontrollgesetz« (ASKG), auf das sich die Große Koalition im November 2020 geeinigt hatte und das im darauffolgenden Dezember im Bundestag verabschiedet wurde – allerdings erst nachdem die Fleischlobby weitreichende Ausnahmen erwirkt hatte.

Das ASKG verbietet seit Anfang 2021 Werkverträge und Leiharbeit beim Schlachten und Zerlegen. Es gilt aber nur für Unternehmen mit mindestens 50 Beschäftigten. In der Fleischverarbeitung bleibt Leiharbeit vorerst erlaubt, wenn sie tariflich geregelt ist – was angesichts der Schwäche der Gewerkschaften in der Branche nicht unbedingt ein Vorteil für die Beschäftigten sein wird. Darüber hinaus sieht das Gesetz ein verbessertes Kontrollwesen, die Pflicht zur elektronischen Erfassung der Arbeitszeiten, nicht näher definierte »Mindeststandards« für Wohnunterkünfte und Bußgelder von bis zu 30.000 Euro vor, was in Relation zu den Milliardenumsätzen der Topunternehmen wenig ist.

Das Verbot der Werkvertragsarbeit ist begrüßenswert. Darauf vertrauen, dass die Neuregelungen die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit in der Fleischindustrie grundlegend verändern, sollte man allerdings nicht. Schließlich gibt es schon seit 2017 ein »Gesetz zur Sicherung von Arbeitnehmerrechten in der Fleischwirtschaft«, das Unternehmen verpflichtet, für die Sozialversicherung ihrer Beschäftigten bei Subunternehmern zu haften. Seither hat sich die Situation der Beschäftigten aber weiter verschlechtert. 2015 hatten die Branchenriesen zudem im damals von Sigmar Gabriel (SPD) geleiteten Wirtschaftsmi-

nisterium eine wachsweiche »Selbstverpflichtung« unterschrieben, in der sie unter anderem erklärten, geltendes Arbeitsrecht »bei sich und ihren Werkvertragspartnern« sicherzustellen und Subunternehmer entsprechend verpflichten zu wollen. Ob Regelverstöße und Vertragsbrüche gemeldet und sanktioniert wurden, entschieden aber allein die Fleischbosse.

Außerdem lässt auch das neue Gesetz den Konzernen viele Schlupflöcher. Staatliche Kontrollen sollen zum Beispiel erst ab 2026 zunehmen und auch dann sind bei jährlich nur fünf Prozent der Fleischbetriebe Besichtigungen vorgesehen. Fraglich ist auch, ob sich etwas an der bisherigen Praxis ändern wird, Kontrollen vorher anzukündigen, so dass sie keine Gefahr für den reibungslosen Ausbeutungsprozess darstellen. Es wird darüber hinaus weiterhin möglich sein, den Beschäftigten einen Teil ihres Lohns durch Wuchermieten abzuknöpfen.

Moderne Lohnsklaverei: Die Arbeit in Schlachthöfen ist schwer und schlecht bezahlt

Großunternehmen wie Tönnies, Westfleisch und PHW haben derweil angekündigt, in den Kernbereichen der Fleischproduktion tatsächlich auf Werkverträge verzichten zu wollen. Trotzdem steht zu befürchten, dass sie weiterhin jede Möglichkeit nutzen werden, ihre ökonomische Vormachtstellung auszubauen. Die schlechten Löhne und Arbeitsbedingungen waren nie allein auf die rechtliche Konstruktion der Werkverträge zurückzuführen, wie der Journalist Werner Rügemer betont, sondern auch auf das in der Branche etablierte »Angst- und Zwangsregime« und die Komplizenschaft mit Vermittlungsunternehmen aus den Herkunftsländern der Arbeiter sowie mit Landesregierungen, der Gewerbeaufsicht, den Gesundheitsämtern und dem Zoll.

Vor diesem Hintergrund ist das »Arbeitsschutzkontrollgesetz« wohl kaum eine »krachende Niederlage für Lobbyisten« (Hubertus Heil). Zumal die nachhaltige Organisierung der Lohnabhängigen in der Fleischindustrie zur Vertretung ihrer Interessen voraussichtlich weiterhin erschwert wird. Der Klassenkampf mag sich in Gesetzen verdichten – aber er wird nicht in Parlamenten entschieden und auch nicht in erster Linie dort geführt.

Wie sahen der Alltag in den Fleischbetrieben und die Überausbeutung der Beschäftigten aus Osteuropa bisher aus? Wir konnten Anfang 2020 mit zwei Kollegen sprechen, die bis vor einiger Zeit bei Tönnies als Werkvertragsarbeiter eingesetzt waren. Sie bleiben anonym, denn wer »auspackt«, läuft Gefahr, von Schergen der Subunternehmer bedroht zu werden. Wir nennen sie Ben und Vasile.

Ihr wart bis vor einiger Zeit als Schlachtarbeiter bei Tönnies beschäftigt. Welche Tätigkeiten habt Ihr dort ausgeübt?

Ben: Ich habe in Nachtschichten Schweinehälften geschoben und LKWs beladen. Oft war ich auch Springer. Wenn irgendwo etwas kaputt gegangen ist, zum Beispiel eine der Hydraulikscheren, mit denen Schweinefüße abgetrennt werden, musste ich einspringen und die Füße von Hand abschneiden. Im Prinzip habe ich alles gemacht, was nötig war, um das Band am Laufen zu halten.
Vasile: Ich habe direkt in der Schlachtung am Fließband gearbeitet. Mein schlimmster Arbeitsplatz war bei der Entnahme von Innereien – Zungen von Speiseröhren trennen, Herzen rausnehmen und so weiter.

Welche Probleme kommen Euch zuerst in den Sinn, wenn Ihr an Eure Arbeit bei Tönnies zurückdenkt?

Vasile: Wir wurden wie Sklaven behandelt, das fällt mir ein. Die Arbeit war sehr stressig, die Schichten extrem lang und dazwischen gab es kaum Ruhezeiten. Ich wurde ununterbrochen von A nach B gescheucht, um dies zu tun, jenes zu tun, und dann bist du einfach erschöpft. Es ist hart, den ganzen Tag auf den Beinen zu sein. Du bekommst Armschmerzen, Rückenschmerzen, alles tut weh, und die ganze Zeit sind die Vorarbeiter da und halten dich an, schneller zu arbeiten. Manchmal haben sie Schläge verteilt. Der psychische Stress durch die Vorarbeiter, das war eigentlich das Schlimmste.

Ben: Es gibt so viel zu erzählen, ich könnte bis morgen reden. Die Arbeit war auf vielen Ebenen schwer, und wir wurden schlecht bezahlt. Die Vorarbeiter haben uns am Hinterkopf gepackt, manchmal Kisten voller Fett auf Kollegen geschmissen und uns angeschimpft, dass wir schneller machen sollen. Man musste funktionieren wie ein Roboter. Die Arbeit im Schlachthof ist körperlich ziemlich hart, daran kann man sich noch gewöhnen, aber der psychische Druck ist nicht auszuhalten. Damit kann nicht jeder umgehen. Durch die langen Arbeitszeiten kann man auch nie irgendetwas anderes tun, man kommt aus dem Stress nicht mehr raus. Und man darf auch nicht vergessen, dass es eine Belastung ist zu sehen, wenn die Tiere zum Beispiel nicht richtig betäubt werden und noch leben, sich noch bewegen, schreien, wenn sie ins heiße Brühbad kommen. Der Ablauf von der Betäubung bis zum Tod der Tiere ist nie reibungslos, aber das wird ignoriert. Nur wenn die Tierärzte da sind, wird nach Regeln gearbeitet. Ich habe das alles gesehen, und es hat mich sehr betroffen gemacht. Ich weiß nicht, ob alle so fühlen.
Vasile: Doch, ich denke schon. Es ist einfach seelisch extrem belastend, wenn du die ganze Zeit an einem Ort bist, an dem Tiere getötet werden. Man sieht den ganzen Tag Fleisch, Blut – und dann noch der Geruch. Die Tiere tun mir leid, und ich kenne viele, die davon so mitgenommen sind wie ich. Aber wir mussten das machen. Viele zeigen das jedoch nicht, kehren alles nach innen. Alle sind verschlossen, niemand äußert sich.

Der Pressesprecher von Tönnies würde jetzt einwenden: Das, was Ihr da beschreibt, passiert aber alles nur im Ausnahmefall.

Ben: Das stimmt aber nicht, das ist die Normalität. Bei mir war es so: Nur wenn Kontrollen angekündigt waren, wurden die Vorschriften eingehalten. Aber dann haben wir vorher Bescheid bekommen. Wenn keine Kontrollen angemeldet waren, musste so gearbeitet werden, wie es am schnellsten geht. Auch wenn zum Beispiel mal ein halbes Schwein runtergefallen ist: Wenn ein Tierarzt das gesehen hat, musste es weggeschmissen werden. Wenn nicht, wurde es wieder aufgehängt.

Wie seid Ihr eigentlich zu Tönnies gekommen und warum?

Ben: Ich bin über eine rumänische Firma zu Tönnies gekommen. Uns wurde damals gesagt, dass wir für acht Stunden Arbeit pro Tag 1.200 Euro im Monat und nochmal extra 50 Euro pro Woche bekommen. Von diesen 50 Euro habe ich nie etwas gesehen, und auch die anderen Versprechungen wurden nicht eingehalten. Aber das wusste ich vorher nicht, außerdem musste ich Geld verdienen. In Rumänien bekomme ich weniger. Wenn man dann einmal drin ist, wartet man immer darauf, dass sich die Situation verbessert – das hat sie aber nicht. Wenn ich die Bedingungen von Anfang an gekannt hätte, wäre ich nicht zu Tönnies gegangen. Die versprechen den Leuten viel, aber die Realität sieht anders aus. Viele Rumänen, denen gesagt wurde, dass sie in Deutschland in einem Geflügelschlachthof arbeiten werden, sind dann in der Schweineschlachtung bei Tönnies gelandet. Sie wurden oft nach kurzer Zeit rausgeschmissen oder sind freiwillig gegangen, weil sie mit der körperlich schweren Arbeit und auch mit der Geschwindigkeit nicht klargekommen sind.
Vasile: Bei mir war es ähnlich. Ich musste herkommen, weil ich Geld für meine Familie brauchte, und ich bin auch über eine rumänische Werkvertragsfima bei Tönnies gelandet.

Eine rumänische Firma hat Euch also angeheuert, aber Ihr habt dann bei Tönnies gearbeitet. In welchem Verhältnis standen denn die beiden Unternehmen zueinander? Gehören die zusammen?

Ben: Nein, das ist ein Subunternehmen. Ich war nie direkt bei Tönnies angestellt, und die Firma, die mich bezahlt hat, gehört nicht zu Tönnies. Ich wusste das allerdings nicht von Anfang an. Der Chef des Subunternehmens macht im rumänischen Fernsehen Werbung damit, dass man in Deutschland arbeiten kann und gut verdient. Ich habe gedacht, ich würde direkt bei einer deutschen Firma angestellt und werde da bestimmt keine Probleme haben.

Wurdet Ihr jemals darüber aufgeklärt, welche Rechte Ihr habt, zum Beispiel im Krankheitsfall oder in puncto Urlaub?

Ben: [Lacht] Also, mir wurde nie irgendetwas in dieser Richtung erklärt – wie es mit Arbeitssicherheit und Hygiene aussieht, ob ich zu einem Arzt gehen kann, wenn es sein muss, nichts. Als ich mich mal verletzt habe und einen brauchte, wusste ich noch nicht einmal, was die IKK [Krankenkasse] ist. Ich habe bei meiner Einstellung nur einen Haufen Papiere vorgelegt bekommen, die ich alle unterschreiben sollte. Es wurde auch nichts von einer PSA [Persönliche Schutzausrüstung] erzählt. Aber mir wurde aufgetragen, bei der Arbeit blaue Handschuhe zu tragen. Für meine Gesundheit waren die aber eher schädlich. An meinem Arbeitsplatz war es sehr kalt. Ihr glaubt gar nicht, wie unangenehm es dann ist, dünne Plastikhandschuhe tragen zu müssen.

»Wenn herauskommt, dass du Kontakt zur Gewerkschaft hattest, fliegst du raus.«

Vasile: Aufklärung sah bei mir so aus: Am Anfang wurde uns gesagt, dass wir einen guten Stundenlohn bekommen. Aber als ich dann angestellt war, haben sie mir bezahlt, was sie wollten. Selbst wenn man seine Rechte kennt, ist es übrigens nicht so leicht, etwas zu sagen. Wenn zum Beispiel herauskommt, dass du Kontakt zur Gewerkschaft hattest, fliegst du raus. Das ist ein riesiges Problem. Ich habe einmal mitbekommen, wie Gewerkschafter vor einem Haus standen, in dem Arbeiter untergebracht waren. Sie wollten mit den Leuten reden, aber die durften nicht rausgehen. Und wenn ich jetzt noch bei Tönnies arbeiten würde und jemand mitbekäme, dass ich hier mit Euch spreche, würden die mich auch rausschmeißen.

Wer hat denn eigentlich darüber bestimmt, wie es bei der Arbeit zuging? Waren das Vorgesetzte von Tönnies?

Vasile: Nein, die Vorarbeiter waren auch von dem Subunternehmen.
Ben: Genau, die haben uns gesagt, was wir zu tun und zu lassen haben. Von Tönnies hat mir nie irgendjemand etwas gesagt – nur in absoluten Ausnahmefällen, wenn ganz dringend etwas erledigt werden musste. Die Vorarbeiter sind die Arschlecker des Subunternehmers. Die verdienen viel mehr Geld als wir bekommen haben. Und wenn ein Vorarbeiter auf uns eindrischt, damit wir schneller arbeiten, und der Chef sieht das, dann interessiert ihn das gar nicht. Den interessiert nur, dass wir in weniger Zeit mehr schaffen.

Ben, Du hast eben von einer Verletzung gesprochen. Was ist passiert, und wie wurde damit umgegangen?

Ben: Ich habe mich bei der Arbeit schwer an der Hand verletzt und schnell gemerkt, dass ich keine Kraft mehr zum Zupacken hatte. Nach einer Stunde habe ich dem Vorarbeiter Bescheid gesagt. Der hat mich aber angewiesen weiterzuarbeiten. Das habe ich dann auch gemacht. Ich wusste nicht, was ich tun kann. Niemand hat mir gesagt, welche Rechte ich im Falle eines Arbeitsunfalls habe. Ich bin dann erst nach drei Tagen zu einem Arzt gegangen. Da hatte sich meine Hand schon so entzündet, dass sie fast amputiert werden musste. Ich war nach der Behandlung erst einmal krankgeschrieben und blieb in meiner Unterkunft. Mir wurde aber ständig gedroht, dass ich rausgeschmissen werde, wenn ich nicht zur Arbeit gehen würde. Danach habe ich nicht mehr bei Tönnies gearbeitet. Aber es gab auch schon vorher die ganze Zeit Probleme mit Schmerzen. Wir mussten zum Beispiel gebrauchte Gummistiefel tragen. Es war immer überall nass, und wir mussten die ganze Zeit rumlaufen und hatten aufgequollene Füße und schmerzende Blasen, die immer schlimmer wurden. Die Schuhe waren kaputt, aber wir haben keine neuen bekommen.

Auf der Homepage des Unternehmens klingt das alles ganz anders. Dort heißt es: »Tönnies bekennt sich zu seiner Verantwortung für Mensch, Tier und Umwelt und arbeitet kontinuierlich daran, wirtschaftliches Handeln, nachhaltige Entwicklung und soziale Verantwortung in Einklang zu bringen.«

Ben: Das ist dann wohl gelogen. Tönnies hat zu meiner Zeit nichts für die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen getan. Ich weiß nicht, ob irgendwelche Absprachen mit dem Subunternehmer getroffen wurden, aber falls es sie gab, dann ist bei uns Arbeitern nichts davon angekommen.
Vasile: Und uns wurde immer wieder zugesagt, dass die Löhne höher werden. Aber von leeren Versprechungen können wir uns auch nichts kaufen.
Ben: Ehrlich, Tönnies interessiert das alles doch gar nicht – das ist unsere Erfahrung. Der kann sich in den Medien gut darstellen und Werbefilme machen, in denen in den Arbeiterwohnungen Bananen und Blumen auf dem Tisch stehen [lacht], aber dort, wo ich untergebracht war – das war eine Unterkunft, die das Subunternehmen angemietet hat –, gab es Kakerlaken im Backofen. Zumindest zu meiner Zeit war das so. Man konnte sich da auch nicht ausruhen. Ich habe in der Nacht gearbeitet, musste also am Tag schlafen. In dem Zimmer, in dem ich untergebracht war, standen zehn Betten, man war also fast nie allein, und die Sonne hat mir ins Gesicht geschienen. An Schlafen war also kaum zu denken.

Und wie viel Miete habt Ihr dafür gezahlt?

Ben: Offiziell gab es keine Miete, aber der Subunternehmer hat uns einen Teil des Lohns abgezogen. Das hieß »Abschlag«.
Vasile: Bei mir waren es 250 Euro für das Bett.

Gerade was die Bezahlung anbelangt, wird Wert auf die Darstellung gelegt, die Fleischindustrie tue alles dafür, dass die Beschäftigten den Mindestlohn erhalten.

Ben: Wir haben den Mindestlohn schon bekommen – auf dem Papier. Unsere Arbeitszeiten waren aber viel länger als vereinbart. Meine Schichten dauerten immer von 22 Uhr bis um 15.30, 16, 17 Uhr am nächsten Tag. Meine längste Schicht ging 21 Stunden. Geld habe ich für die Überstunden nicht gesehen. Auch wenn ich 15 Stunden gearbeitet habe, wurden mir nur acht bezahlt. Kontrolliert wurde das nie, und niemand würde dir bestätigen, dass du 21 Stunden gearbeitet hast. Nur wenn der Zoll kam, wurde geprüft. Aber dann wusste das Unternehmen vorher Bescheid, und wir wurden angewiesen zu behaupten, dass uns Überstunden über ein anderes Konto ausbezahlt würden. Ich weiß selbst nicht einmal, wie viele Stunden ich pro Monat bei Tönnies gearbeitet habe. Aber ich weiß, dass meine Schichten sehr lang waren und zwar sechs Tage die Woche, und der Monatslohn dafür nicht stimmen kann.
Vasile: Bei mir waren die Schichten etwas kürzer. Ich habe meistens an sechs Tagen pro Woche zehn, elf, zwölf Stunden gearbeitet, also nicht ganz so viele Überstunden. Aber bezahlt wurde ich auch nur für acht. Und je weniger Überstunden wir machen mussten, was teilweise eine Reaktion auf die Kritik an schlechten Arbeitsbedingungen bei Tönnies in den Medien war, desto mehr wurde die Arbeitsgeschwindigkeit erhöht.
Ben: Es haben auch nicht alle gleich viel Lohn bekommen. Die Chefs machen Unterschiede. »Zigeuner kriegen weniger«, haben sie zum Beispiel gesagt. Und wenn Leute es bei Tönnies nicht mehr ausgehalten haben und nur auf den ersten Lohn warten wollten, um mit dem Geld zurück nach Rumänien fahren zu können, wurden die letzten zwei Wochen oft nicht bezahlt. Ich kenne eine Frau aus Rumänien, die ohne Geld nach Hause gegangen ist nach einem Monat Arbeit. Wir mussten früher auch noch Geld für Schutzkleidung, Messer und so weiter bezahlen.

Ben, Du hast gesagt, dass Du auch mal 21 Stunden am Stück gearbeitet hast. War das eine Ausnahme oder kam das häufiger vor?

Ben: Das war eine einmalige Sache. Aber früher als 15.30 Uhr bin ich nie rausgekommen. Zumindest kann ich mich nicht daran erinnern, aber wir waren ja auch wie gesteuert, haben meist nur zwei, drei Stunden geschlafen und mussten dann wieder zur Arbeit. An dem 21-Stunden-Tag hatte ich übrigens auch meinen Arbeitsunfall.

Gab es denn einen guten Zusammenhalt unter den Arbeitern?

Ben: Die Arbeitstage haben meistens gut angefangen. Aber wenn wir zu kaputt und überlastet waren, dann sind wir oft nicht gut miteinander umgegangen. Es gab zum Beispiel Streit, wenn jemand nicht mehr so schnell konnte und deswegen alle anderen auch langsamer machen mussten. Solche Dinge macht der Stress.

Zum Abschluss noch eine Frage: Würdet Ihr das Fleisch essen, das bei Tönnies verarbeitet wird?

Ben: Also, ich will das nicht mehr essen – dafür habe ich zu viel gesehen.
Vasile: Das geht mir genauso.

Text und Interview:
Christin Bernhold und John Lütten

Im August 2020 gingen Tierbefreiungsaktive, Gewerkschafter und linke Aktivisten im norddeutschen Kellinghusen gemeinsam gegen Tönnies auf die Straße

Fleischhegemonie

Oder: Warum die Tierausbeutung immer noch akzeptiert wird

Die Überausbeutung der Tiere in der kapitalistischen Fleischproduktion hat mittlerweile astronomische Ausmaße erreicht. Für die rund 42,5 Milliarden Euro Umsatz im Jahr 2018 des deutschen Fleischkapitals wurden laut Statistischem Bundesamt rund 771 Millionen Hühner, Schweine, Kühe und andere Tiere getötet. Daran können antispeziesistische Appelle, Vegan Outreach und die Öffnung des Massenmarktes für vegane Lebensmittel nichts ändern. Die Experten des World Economic Forum gehen sogar von einer Verdoppelung der globalen Fleischproduktion bis 2050 aus.

Konterfei des ehemaligen Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Italiens Antonio Gramsci

Es wäre aber zu kurz gegriffen, die anhaltende aktive Zustimmung und die passive gesellschaftliche Akzeptanz der Tierausbeutung allein auf das individuelle Bedürfnis nach Fleischkonsum, psychologische Dispositionen, speziesistisches Denken oder mangelnde Empathie zurückzuführen. Schließlich gründet die Produktion von Tierwaren in der bürgerlichen Klassengesellschaft auf einem antagonistischen Ausbeutungsverhältnis. Das Fleischkapital beutet in den Schlachthallen – in unterschiedlicher Form, aber im selben Prozess – Lohnarbeiter, Tiere und die Natur aus. Warum aber werden diese Ausbeutungsbeziehungen nicht von großen Teilen der Gesellschaft infrage gestellt?

Bürgerliche Herrschaft: Zwang plus Konsens

Bei der Beantwortung dieser Frage helfen die Arbeiten Antonio Gramscis, marxistischer Philosoph, Schriftsteller und Vorsitzender der Kommunistischen Partei Italiens in den 1920er-Jahren. Gramsci verwies darauf, dass die ökonomische Ausbeutung durch die Kapitalistenklasse der politischen Herrschaft außerhalb der Betriebe bedarf. Diese Machtausübung ist einerseits repressiv und offen gewaltsam, etwa beim Einsatz von Polizei und Militär. Andererseits ist sie aber auch darauf angelegt, die Zustimmung der Ausgebeuteten zu ihrer Ausbeutung zu organisieren und ihnen ein Leben im Widerspruch zu ermöglichen. Bürgerliche Herrschaft ist also für Gramsci eine Kombination aus Zwang und Konsens.

Solange die Herrschaft des Kapitals nicht direkt herausgefordert wird oder faschistisch ist, überwiegt laut Gramsci der Konsens den Zwang. Die staatlichen Repressionsapparate garantieren im Hintergrund das Privateigentum an den Produktionsmitteln, zum Beispiel an Tieren, und den relativ freien Warenverkehr, etwa den Handel mit Tierprodukten. Gelingt es, einen dauerhaften Konsens zwischen Herrschenden und Beherrschten herzustellen und damit die Ausbeutung zu protegieren, das heißt die Kluft zwischen den Klassen vorübergehend zu überbrücken, spricht Gramsci von »Hegemonie«.

Die erfolgreiche Organisation der Hegemonie basiert auf dem Zusammenwirken von mindestens drei Komponenten. Zunächst sei es nötig, so Gramsci, dass »den Interessen und Tendenzen der Gruppierungen, über welche die Hegemonie ausgeübt werden soll, Rechnung getragen wird«. Die Kapitalistenklasse muss also »Opfer ökonomisch-korporativer Art« bringen, ohne dass diese »das Wesentliche betreffen«. Mit anderen Worten: Ausgewählte Interessen der Arbeiter werden bedient. Die bürgerlichen Eigentums- und Produktionsverhältnisse werden aber nicht angetastet. Zweitens bedarf es einer mit dem Ausbeutungsprozess kompatiblen Lebensweise. Diese ist an den Verkauf von Waren und die Bedürfnisbefriedigung der Arbeiter gebunden, geht aber über individuellen Konsum hinaus. Elemente dieser Alltagskultur sind etwa Entwürfe zur kulturellen und politischen Gestaltung des Lebens und zum Selbstverständnis menschlicher Individuen, also Subjektivitäten und Identitäten. Drittens hängt die Konstruktion einer Hegemonie davon ab, ob es den Kapitalisten glückt, ihre Gedanken zu den vorherrschenden Ideen der Gesellschaft zu machen. Dafür müssen sie Erzählungen schaffen, mit denen Ausbeutung und Herrschaft über Menschen und Tiere plausibel erscheinen, gerechtfertigt und verschleiert werden.

»Die Hegemonie entspringt«, wie Gramsci schrieb, »in der Fabrik.« Das bedeutet: Die Notwendigkeit ihrer Entwicklung hat ihren Ursprung in der Zivilgesellschaft im Widerspruch zwischen Kapital einerseits und Lohnarbeitern, Tieren und Natur andererseits. Außerdem ist damit gemeint, dass die Hegemoniekonstruktion auf die Initiative der Profiteure ökonomischer Ausbeutung zurückgeht. Gleichwohl erstreckt sich die Hegemoniebildung von der Fabrik und der Gesellschaft in den Staat, wo die Kompromisse zwischen den Klassen vom politischen Personal in konkreten Beschlüssen und Gesetzen verdichtet werden.

Die politischen, kulturellen und ideologischen Prozesse der Hegemoniebildung vollziehen sich jedoch auch in relativer Unabhängigkeit

von der herrschenden Klasse. Politiker, Künstler, Wissenschaftler und andere reproduzieren, erfinden und vervielfältigen in relativer Selbständigkeit beständig den bürgerlichen Überbau und seine Komponenten in kaleidoskopischen Formen. Die Akteure müssen sich dabei gar nicht zwingend bewusst darüber sein, in welchem Verhältnis sie und ihr Wirken zu den gesellschaftlichen Widersprüchen stehen. Die unmittelbare Rückbindung an Ausbeutung und Herrschaft und ihre intentionale Aufrechterhaltung lockert sich und ist kaum mehr erkennbar.

Demokratisierte Herrschaft über Tiere

Nun können die Ausgebeuteten im Falle der Tiere nicht persönlich in die bürgerliche Hegemonie eingebunden werden. Vielmehr muss das Kapital bei den ausgebeuteten Menschen und vor allem bei jenen, die sich (potenziell) für die Belange der Tiere einsetzen, mit ihrem politisch-kulturellen Angebot Anerkennung finden. Bisher ist es den Fleischmagnaten geglückt, die Fleischhegemonie, also die Zustimmung der subalternen Klasse und ihrer Fraktionen zur Tierausbeutung zwecks Profitproduktion, erfolgreich zu organisieren.

Dafür ist den Subalternen eine Reihe materieller Zugeständnisse gemacht worden. Hier gilt es zunächst zu unterscheiden zwischen »Opfern«, die beim historischen Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus von der Klasse der Kapitalisten erbracht worden sind, um die bürgerliche Produktions- und Verkehrsweise zu installieren, und solchen, die innerhalb der Entwicklung kapitalistischer Formationen vom Fleischkapital gemacht werden. Zu ersteren zählt das Privateigentum an Tieren, das heißt die Möglichkeit, dass alle Menschen über Tiere als Eigentum verfügen dürfen. Durch diese klassenübergreifende Demokratisierung der Herrschaft über die Tiere wird suggeriert, dass im Verhältnis zu ihnen keine Differenz zwischen Arbeitern und Kapitalisten bestünde.

Die Reglementierung der Herrschaft über die Tiere durch Tierschutzgesetze ist ein Beispiel für Konzessionen der zweiten Kategorie. Außerhalb der ökonomischen Ausbeutung und teils auch bei ihrer Ausübung sind über die letzten Jahrzehnte formale gesetzliche Grenzen etabliert worden. Ihnen zufolge dürfen Tieren keine Schmerzen, Leiden oder Schäden zugefügt werden. Es wirkt also zumindest so, als würde das »Wohlbefinden« der »Mitgeschöpfe« gewahrt. Ein anderes, nicht unwesentliches Zugeständnis – zumindest in den imperialistischen Metropolen – ist, dass Fleischprodukte eine erschwingliche Massenware sind. Dies garantiert nicht nur hohe Gewinne für wenige Fleischbarone. Es erlaubt auch dem Großteil der Bevölkerung den kostengünstigen Konsum von Fleisch, das als Hauptbestandteil der Ernährung und als Zeichen von Wohlstand betrachtet wird.

Dieses »Entgegenkommen« der Kapitalisten allein reicht aber nicht aus, um die Schlachtfabriken am Laufen zu halten. Dazu gehört mehr: Das Fleischkapital formt eine ganze karnivore Lebensweise, um seine Geschäfte und Existenz in der Alltagskultur der Menschen zu verankern. Dadurch und durch die dazugehörigen Subjektivitäten und Identitäten sowie eine Vielzahl von Ideologemen wird Tierausbeutung normalisiert, gerechtfertigt und verdunkelt. Sie sorgen dafür, dass auch Menschen zum Erhalt und zur Fortführung von Tierausbeutung beitragen, an der sie selber nicht unmittelbar beteiligt sind.

Karnivore Lebensweise und speziesistische Ideologien

Die Lebensweise der bürgerlichen Gesellschaft ist auf vielfältige Weise karnivor. Im Zentrum steht unzweideutig Fleisch als Lebensmittel. Von der Haute Cuisine bis zur Currywurst – Kochen und Essen dreht sich um Fleisch. Durch die Zentralität des Fleischs in der Ernährung gewährleistet die hochgradig diversifizierte Alltagskultur des Kochens und Essens nicht nur den Verkauf von Fleischwaren. Sie verbindet auch das Bedürfnis nach Nahrungsaufnahme und die Kulturtechnik des Kochens mit der Tierausbeutung. Um diese Verknüpfung herum ist mit der Zeit auch ein von der Fleischproduktion relativ unabhängiger Koch- und Esskultur-Kosmos entstanden, in dem letztlich nur noch das »Steak«, »Schnitzel« und so weiter in der Pfanne an die Ausbeutung der Tiere erinnert.

Das Fleischkapital formt eine ganze karnivore Lebensweise, um seine Geschäfte und Existenz in der Alltagskultur der Menschen zu verankern.

Des Weiteren trägt der Fleischkonsum als Symbol zur Identitätsbildung und sozialen Orientierung in der Alltagskultur bei. Fleisch gilt etwa als symbolische Inkarnation von Männlichkeit, Stärke und Dominanz. Komplementär zum Männer-Fleischkult inszenieren sich insbesondere Teile der sogenannten Mittelschicht als besonders ökologisch nachhaltig und gesundheitsbewusst. Zwei Indikatoren dafür sind Flexitarismus und Biofleischkonsum. Dass damit den Tieren nachweislich nicht geholfen wird, ist für das Selbstverständnis bestenfalls zweitrangig. Der Bezug zur Tierausbeutung ist in beiden Fällen trotz der offenkundig affirmativen Kulturpraktiken nur noch mittelbar.
Anders verhält es sich teilweise bei der ideologischen Rechtfertigung der Ausbeutung von Tieren und der Herrschaft über sie, die für die Fleischhegemonie-Konstruktion unerlässlich sind. In der gesellschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Diskussion wird das industrielle Töten mitunter offen legitimiert, zum Beispiel mit dem Verweis auf »das Recht des Stärkeren« oder die Tradition – »Menschen haben schon immer Tiere gegessen«. Das sind die beiden Grundpfeiler des klassischen Speziesismus. Neben diesen chauvinistischen und sozialdarwinistischen Positionen existieren aber auch Begründungen, wie etwa Nahrungsmittelsicherheit, Gesundheit und Wohlstand, deren speziesistischer Herrschaftscharakter nicht direkt ersichtlich ist. Nichtsdestotrotz tragen auch diese Argumentationen dazu bei, Kritik an der Tierausbeutung einzuhegen und Teile der Ausgebeuteten von der mutmaßlichen Notwendigkeit der Fleischproduktion und -konsumtion zu überzeugen.

Proletarische Tierbefreiungskultur

Die Fleischhegemonie überbrückt den Widerspruch zwischen dem Fleischkapital auf der einen und den Lohnabhängigen, den Tieren und der Natur auf der anderen Seite nur, solange die politische Fleischkultur der bürgerlichen Gesellschaft nicht infrage gestellt wird. Daher bedarf es einer sozialistischen Kulturkritik für die Befreiung der Tiere auf allen gesellschaftlichen Ebenen: von der Ernährung über die Kunst bis hin zur Wissenschaft. Diese besondere Form der Ideologiekritik fällt jedoch nur auf einen fruchtbaren Boden, wenn sie Teil einer proletarischen Tierbefreiungspolitik und -gegenkultur ist. Sie muss die Ausbeutungsstrukturen aufdecken, sich an die ganze Bevölkerung richten und sich von der bestehenden veganen Szene- und Subkultur in Form, Inhalt und Qualität ebenso unterscheiden wie vom Vegankommerz.

Entscheidend ist, dass die politischen und kulturellen Gegenmodelle an den ökonomischen Klassenkampf rückgebunden werden. Geschieht dies nicht, verkommen sie zu sich selbst reproduzierenden Parallelwelten und werden anschlussfähig für den neoliberalen, kulturelle Differenzen inwertsetzenden Kapitalismus. Insofern kann auch die passive Akzeptanz der Fleischproduktion und -konsumtion unter den Ausgebeuteten nur überwunden werden, wenn ein antikapitalistisches Tierbefreiungsprojekt diesen zugleich mehr verspricht als die Zugeständnisse, mit denen ihre Zustimmung bisher materiell gesichert worden ist.

Christian Stache

Im Zentrum des imperialistischen Weltsystems

Wie das deutsche Fleischkapital von internationalen Ausbeutungsverhältnissen profitiert

Die Großunternehmer der deutschen Fleischindustrie sitzen fest im Sattel. Sie konnten ihr Business in den vergangenen Jahren sogar stark ausbauen – und das obwohl der hiesige Markt gesättigt ist und der vegan-vegetarische Konsum wächst. Die Branche hat 2018 einen Gesamtumsatz von 42,5 Milliarden Euro erwirtschaftet, mehr als doppelt so viel wie noch zur Jahrtausendwende. Jeder dritte Euro aus diesen Verkaufserlösen geht derzeit an ein Viereroligopol. Allein der Branchenprimus, die Tönnies Holding, erzielte im Jahr 2019 Rekordeinnahmen von 7,3 Milliarden Euro. Der Konzern hat seiner Eigentümerfamilie laut Forbes-Magazin ein Privatvermögen von etwa zwei Milliarden Euro zusammenschlachten lassen.

Dass die Geschäfte der Industrieriesen derart gut florieren, liegt nicht nur an der effizienten Ausbeutung von Arbeitern und Tieren an hiesigen Produktionsstandorten. Tönnies, PHW und Co ziehen auch aus internationalen Ausbeutungs- und Abhängigkeitsverhältnissen, mithin aus der Aufteilung der Welt in imperialistische Zentren und Peripherien ihren Vorteil. Allein der Umstand, dass Lohnabhängige aus Osteuropa bereit sind, an den Schlachtstraßen dieser Republik für Niedriglöhne Schwerstarbeit zu leisten, lässt sich ohne die vom deutschen Imperialismus forcierte ungleiche Entwicklung in Europa und die daraus resultierende existenzielle Abhängigkeit vieler Menschen von jedem noch so schlechten Job nicht erklären. Das Fleischkapital gehört darüber hinaus auch durch Auslandsinvestitionen, Futtermittelimporte und Fleischexporte zu den Nutznießern des imperialistischen Weltsystems.

Geografische Expansion: Profitsteigerung durch Kapitalexport

Zur Überwindung der Akkumulationsschranken, die mit der Sättigung des deutschen Marktes einhergehen, dient den Fleischkonzernen nicht nur der Export fertiger Waren. Ihre Gewinne wachsen vermehrt auch durch den Kapitalexport in Länder mit großen Märkten, billigen Arbeitskräften und niedrigen Produktionsstandards.

Zum Beispiel Tönnies: Nachdem der Konzern 2019 den größten Umsatz seiner Geschichte verzeichnet hatte, kündigte Miteigentümer Clemens Tönnies eine Investition in China in Höhe von 500 Millionen Euro an. Gemeinsam mit der chinesischen Dekon Group will er in der Provinz Sichuan einen Schweineschlachthof bauen lassen, in dem vorerst zwei Millionen Tiere pro Jahr getötet werden sollen. Mit seinem ersten Produktionsstandort in der Volksrepublik setzt Tönnies die geografische Ausweitung seines Einflussbereichs fort, die mit der Einrichtung von bislang 29 Produktions- und Vertriebsorten außerhalb Deutschlands bereits in vollem Gange ist. Für die nahe Zukunft visiert er auch dem Schlachten vorgelagerte Produktionsschritte wie die Schweinemast für Auslandsinvestitionen an.

Die Gewinne der Fleischkonzerne wachsen vermehrt auch durch den Kapitalexport in Länder mit großen Märkten, billigen Arbeitskräften und niedrigen Produktionsstandards.

Der Geflügelkonzern PHW hat ebenfalls außerhalb der Bundesrepublik investiert. Neben den zwei polnischen Tochtergesellschaften Drobimex und Bomadek hält die Unternehmensgruppe zum Beispiel Anteile an der bulgarischen Ameta-Gruppe. Etwa ein Fünftel der PHW-Umsätze entfallen derzeit auf solche Auslandsbeteiligungen. Durch die Produktion vor Ort will der Konzern es schaffen, ausländische Märkte einzunehmen, erklärt PHW-Chef Wesjohann. Denn es gebe »Teilbereiche, in denen wir mit deutscher Ware nicht wettbewerbsfähig sind«. Polen hingegen habe vorteilhaftere Tierschutzbestimmungen (dort sei mit 42 Kilo pro Quadratmeter eine höhere »Besatzdichte« erlaubt) und »viel niedrigere Lohn- und Baukosten«.

Neben der Ausbeutung von Arbeitern und Tieren in verschiedenen Ländern der Welt unter dem Kommando des deutschen Fleischkapitals geht mit dieser Expansion auch der Transfer andernorts erwirtschafteter Gewinne in hiesige Unternehmenszentralen einher. So verstärken Kapitalexporte die Konzentration des gesellschaftlichen Reichtums in den Händen einiger Profiteure in den imperialistischen Zentren. Zugleich wächst deren Entscheidungsmacht darüber, was, wo und unter welchen Bedingungen produziert wird.

Tierfutteranbau in Südamerika

Zu den Konsequenzen der Verwertungsstrategien der Big Player im Fleischbusiness zählt auch, dass gegenwärtig mehr als 70 Prozent aller weltweit landwirtschaftlich genutzten Flächen für den Anbau von Mastfutter oder als Weideland verwendet werden und somit nicht für eine sozial und ökologisch sinnvolle Nutzung, etwa für die Produktion pflanzlicher Nahrungsmittel oder für die Wiederaufforstung gerodeter Waldflächen, zur Verfügung stehen. In Deutschland sind es »nur« knapp 60 Prozent, denn ein Teil des Tierfutters wird importiert. Damit die Schlachtfabrikanten hier profitabel wirtschaften und Tiere zu Schleuderpreisen kaufen können, wird dem Futter stark eiweißhaltiges Sojaschrot beigemischt, das die Mast beschleunigt. In der BRD wird diese Ölsaat allerdings kaum angebaut. Deutsche Unternehmen haben deshalb 2018 rund sechs Millionen Tonnen Soja importiert – unter anderem aus Südamerika.

Die Fleischindustrie als maßgeblicher Nutznießer dieser Importe befeuert so, was in Argentinien »Sojafizierung« genannt wird. Der Begriff verweist sowohl auf die massive Ausdehnung der dortigen Sojaanbaugebiete auf heute knapp 20 Millionen Hektar als auch auf die ökonomische Abhängigkeit des südamerikanischen Landes von Sojaexporten (in Brasilien wird derzeit sogar auf 36 Millionen Hektar Soja angebaut, einer Fläche so groß wie die BRD).

Die Liste der damit verbundenen Probleme ist lang: Die industrielle Sojaproduktion und ihre Expansion gehen mit einer umfangreichen Vernichtung von Regenwäldern und anderen Ökosystemen einher. Die Kapitalkonzentration nimmt im südamerikanischen Agribusiness zu – und mit ihr auch die Verdrängung von Kleinbauern. An den Grenzen der Anbaugebiete werden indigene und andere Gemeinden oft sogar gewaltsam vertrieben und entrechtet. Der Stundenlohn der Arbeiter, die bislang nicht zum Teil der industriellen Reservearmee geworden sind, also trotz der monokulturellen und hoch technologisierten Landwirtschaft noch einen Job finden, ist schlecht. Und viele Menschen, die nahe an Anbauflächen wohnen, tragen durch den Einsatz von Agrarchemikalien gesundheitliche Schäden davon.

Kurzum, während es um die lokale Ernährungssouveränität schlecht bestellt ist, profitiert das deutsche Fleischkapital durch die Verwendung

von Soja in der Tiermast als effektives und günstiges Produktionsmittel – im Bund mit lokalen Agrarkapitalisten – vom Sojabusiness in Südamerika. Sozioökonomische Folgen werden dabei ebenso in Kauf genommen wie eine gewaltige Naturzerstörung.

Frozen Chicken

Der Fleischproduktion nachgelagert, trägt der Export billiger Waren dazu bei, dass Länder in der Peripherie des imperialistischen Weltsystems keine konkurrenzfähige Lebensmittelproduktion aufbauen oder aufrechterhalten können und stattdessen vom Fleischimport abhängig gemacht werden. Deutschland konzentriert sich heute zwar vorwiegend auf die Ausfuhr von Fleischwaren in andere EU-Staaten. Nach Recherchen von Germanwatch und Miserior haben sich allerdings die Dumpingpreis-Exporte von Schweinefleisch, Geflügelfleisch und Schlachtnebenerzeugnissen aus der BRD in die ärmsten Länder dieser Erde zwischen 2000 und 2015 mehr als verfünffacht.

Die großen Player des deutschen Fleischkapitals profitieren weltweit von der Erschließung neuer Märkte

Wie ruinös solche Handelsbeziehung sein können, zeigt das Beispiel Ghana. Das Land ist als Musterschüler des Neoliberalismus zu einem Liebling globaler Konzerne geworden, die sich dort auf dem deregulierten Markt tummeln. Geflügelunternehmen aus der EU setzen tiefgekühlte Waren ab, die sie innerhalb Europas nicht mehr loswerden können: Hühner, die einst als Legehennen genutzt wurden, ihre Innereien und Füße etc. Gewinne würden die Großkonzerne auch ohne diese Ausfuhren machen, aber die Exporte bieten Extraprofite und auch die Möglichkeit, die eigene Marktmacht jenseits der Grenzen Europas auszuweiten.

Noch in den 1990er-Jahren hat Ghana, laut Deutschlandfunk, etwa 80 Prozent seines Bedarfs an Geflügelfleisch selber produziert. Heute sei die Geflügelbranche dort »fast tot«, weil sie mit dem Tiefkühlwarenangebot aus der EU nicht konkurrieren könne. Die meisten ehemaligen Hühnerzüchter und Schlachter vor Ort haben ihre Beschäftigung verloren.

Schützenhilfe vom Staat

Die Profite, die Kapitaleigner im Zentrum des Weltsystems aus internationalen Ausbeutungs- und Abhängigkeitsverhältnissen ziehen, wären ohne Unterstützung aus der Politik, etwa in Form von Handelsabkommen und Subventionen, nicht realisierbar.

Der deutsche Staat protegiert daher gezielt die Expansionsbemühungen »seiner« Fleischkapitalisten, zum Beispiel durch ein Exportförderprogramm des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL). Angesichts des hohen Wettbewerbsdrucks im Inland sei der Export für die Ernährungsbranche »zu einer wichtigen Absatzstrategie geworden«, so das BMEL. Durch das Programm sollen Märkte erschlossen werden, indem hochrangige Politiker Wirtschaftsdelegationsreisen in ausgewählte Länder begleiten und sich dort für die »Erzielung von geänderten Rahmenbedingungen« einsetzen, sprich, eine Politik durchsetzen, die dem deutschen Fleischimperialismus zum Vorteil gereicht.

Auch die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der von der deutschen herrschenden Klasse dominierten EU spielt in diesem Zusammenhang eine zentrale Rolle. Ihre Förderposten ermöglichen flächengebundene Direktzahlungen und Investitionsbeihilfen an Fleischunternehmen, die dazu beitragen, so eine Analyse von Germanwatch, dass »Schlachthöfe ihre Produkte zu Preisen unterhalb der wirklichen Produktionskosten exportieren können«.

Für den Abbau von Handelsbarrieren und die Etablierung von Freihandelsverträgen ist ebenfalls maßgeblich die EU zuständig. Momentan führt sie mit zahlreichen Ländern der Peripherie Verhandlungen über »Wirtschaftspartnerschaftsabkommen« und greift damit in deren Ökonomien ein. So soll Ghana 80 Prozent der Zölle auf EU-Importe aufheben, ansonsten drohen Strafzölle und der Verlust des Marktzugangs. Die Einfuhr billigen Sojas wird auf ähnliche Weise politisch flankiert: Im Rahmen der Verhandlungen um das derzeit auf Eis liegende EU-Mercosur-Freihandelsabkommen hat Argentinien 2019 einem Vertragstext zugestimmt, der das Land verpflichten würde, seine Exportsteuern auf Soja massiv abzusenken. Während sich die ohnehin klammen Staatskassen des Landes auf diese Weise weiter leeren würden, könnte das Fleischkapital von billigeren Produktionsmitteln profitieren. Nicht umsonst bilanziert der Weltsystemanalytiker Immanuel Wallerstein mit Blick auf solche Abkommen: Freihandel ist »Freihandelsimperialismus«.

Mit staatlicher Hilfe profitieren deutsche Fleischkonzerne international von Ausbeutung, ungleicher kapitalistischer Entwicklung und Naturzerstörung. Im Rahmen ihrer Expansionsstrategien arbeiten sie seit Jahren daran, ihre Erlöse von hiesigen Konsumverhältnissen unabhängiger zu machen. Selbst wenn also in der BRD in Zukunft weniger Fleisch gegessen werden würde, zöge das nicht automatisch nach sich, dass Tönnies, PHW und Co weniger Tiere töten lassen, weniger Natur zerstören und sich weniger an dem Mehrwert bereichern, den sie aus der Arbeiterklasse herauspressen. Wer ihrem brutalen Geschäft ein Ende setzen will, muss deshalb die Frage nach den Eigentums- und Produktionsverhältnissen stellen und gleichzeitig über die Grenzen der BRD hinausblicken. Das Fleischkapital ist als Gewinner des imperialistischen Weltsystems zu analysieren und zu bekämpfen.

Christin Bernhold und David Müller

Den Widerspruch beim Namen nennen

Die brasilianische Kommunistin, Tierbefreiungsaktivistin und Feministin Maila Costa über die Machenschaften des weltweit größten Fleischkonzerns JBS und den »Veganismus der Massen«

Bild: Maila Costa

Die Regierung Jair Bolsonaros amtiert nun seit Januar 2019 in Brasilien. Was hat sich in dieser Zeit für linke Politik verändert?

Zunächst einmal ist zu betonen, dass neoliberale Maßnahmen wie die Privatisierung von Sozialleistungen und die Einschränkung der Arbeiterrechte bereits 2016 von Michel Temer eingeleitet wurden. Er hatte damals nach dem Putsch gegen Dilma Rousseff eine national-konservative Regierung gebildet. Bolsonaros Truppe hat dann im Laufe ihrer bisherigen Amtszeit alles darangesetzt, den kolonialen Status Brasiliens in der internationalen Arbeitsteilung auszubauen. Einerseits erschwert das die Arbeit der radikalen Linken und hegt sie ein. Andererseits führt die zunehmende Prekarisierung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse dazu, dass viele Menschen sich auf sich selbst und ihre Klasse besinnen und Teil der Widerstandsbewegung werden.

Ein Gegner linker Politik in Brasilien ist der weltweit größte Fleischkonzern JBS. Es ist bekannt, dass Mitglieder der Bolsonaro-Administration in der Vergangenheit Bestechungsgelder von dem Unternehmen angenommen haben. Wie sieht heute die Beziehung zwischen der Regierung und JBS aus?

Gegenwärtig unterhält die Regierung eine Kommission, die die Belange des Agribusiness vertritt. Der Ausschuss wird von 38 Interessenverbänden finanziert; JBS gehört einigen von ihnen an. Zudem ist das Unternehmen seit dem Regierungsende der Arbeiterpartei (PT) 2016 mit knapp vier Millionen Euro von der staatlichen Brasilianischen Entwicklungsbank finanziert worden, die übrigens auch Anteile an JBS hält. Hinzu kommt, dass Tereza Cristina, Bolsonaros Landwirtschaftsministerin, selber Landeigentümerin ist und mit den Besitzern von JBS, der Batista-Familie, Geschäfte macht. Aber sie behauptet natürlich, dass es zwischen ihrem Amt und ihrem Business keinerlei Interessenkonflikt gäbe.

JBS hat sich in nur zehn Jahren von einem kleinen Schlachtbetrieb zum führenden privaten Konglomerat Brasiliens entwickelt. Im Jahr 2018 machte der Konzern einen Rekordumsatz von 41,3 Milliarden Euro. Kannst Du uns das JBS-System und die Konsequenzen für Tiere, Arbeiter und die Natur umreißen?

JBS vollzog den Schritt von einem nationalen Unternehmen zu einem multinationalen Konglomerat, als die Batistas entschieden, Firmenanteile auf dem Finanzmarkt zu handeln und Konkurrenten aufzukaufen. Die Brasilianische Entwicklungsbank förderte die Internationalisierungsstrategien von JBS. Damals geschah das im Rahmen der Expansionspolitik der Lula-Regierung für nationale Unternehmen. Die wachsende globale Verbreitung von Tierprodukten, insbesondere in China, war ebenfalls entscheidend für die Entwicklung. JBS hat Steuererleichterungen und Subventionen genutzt, Bestechungsgelder gezahlt, um nicht nur die Fleischverarbeitung, sondern auch seinen Einfluss in anderen Sparten, zum Beispiel im Banken- und Telekommunikationssektor, zu vergrößern. Derzeit arbeiten 235.000 Kollegen für das Unternehmen. Der gesamte Schlachtsektor in Brasilien ist schrecklich. JBS ist als der »Champion der Arbeitsunfälle« bekannt. Allein im Bundesstaat Mato Grosso melden JBS-Beschäftigte pro Jahr 19.000 Verstöße gegen das Arbeitsrecht. Dazu kommen der psychologische Stress, den die inhumane Schlachtarbeit mit sich bringt, und der hohe Grad an Entfremdung vom »Produkt«, von den Tieren und sich selbst. Das Schicksal der Millionen von nichtmenschlichen Tieren unter der Kontrolle der Industrie ist einfach schlimm. Die Zahlen sind ungeheuerlich: Pro Tag lässt JBS 45.000 Rinder, 47.000 Schweine und 10 Millionen Hühner töten. Um den gesetzlichen Regelungen nachzukommen, werden die Rinder in Brasilien auf offenen Wiesen gehalten. Aber in den anderen Staaten, in denen JBS operiert, existiert die Intensivhaltung, was noch grausamer ist. Die Liste der Probleme, mit denen wir konfrontiert sind, wird immer länger. Zum Beispiel geht infolge des monokulturellen Anbaus von Tiernahrung die Bodenqualität zurück, die Wasser- und Luftverschmutzung nimmt aufgrund von Abfällen, Pestiziden und Treibhausgasemissionen zu und so weiter.

Gibt es Widerstand oder zumindest Protest gegen JBS und dessen Ausbeutungssystem?

Nicht dass ich wüsste. Es ist extrem schwer, Aktionen gegen Konzerne zu organisieren, weil die Macht der Militärpolizei schamlos gegen Protestierende eingesetzt wird. Gerade auf dem Land, wo die Tiere gehalten werden, ist es sehr gefährlich, etwas zu unternehmen. Die Vorarbeiter zögern nicht zu schießen. Es gibt dutzende Fälle, in denen Landlosenaktivisten und Indigene den Interessen des Agribusiness zum Opfer gefallen sind.

Brasilien ist ein Staat der Semiperipherie im kapitalistischen Weltsystem. Die sozialen und andere Probleme sind gravierend. Hat es in dieser Konstellation überhaupt politisch Sinn, für die Befreiung der Tiere zu kämpfen?

Ich würde sagen, dass es genau wegen der komplexen sozialen Verhältnisse sinnvoll und notwendig ist. Die historische Position Brasiliens in der internationalen Arbeitsteilung ist die einer Kolonie im Dienst europäischer Staaten. Heute finden hier Teile der kapitalistischen Produktion statt, die man aus den Metropolen verbannen will. Das schließt die intensive Ausbeutung von Tieren mit allen ihren Konsequenzen ein. Die Herstellung tierischer Waren in großem Maßstab und die dazugehörige Futtermittelproduktion bringen einen Haufen Probleme mit sich. Zum Beispiel für eine Bevölkerung, die nur begrenzten Zugang

zu Lebensmitteln hat, oder die Kriminalisierung der Agrarreformbewegungen. Ich denke, auf das Elend der nichtmenschlichen Tiere hinzuweisen, heißt, einen weiteren schrecklichen Widerspruch des Kapitalismus, der extremes Leid hervorbringt, beim Namen zu nennen.

Wir haben gemischte Erfahrungen mit der Linken im Allgemeinen und Kommunisten im Besonderen gemacht, wenn wir sie mit der Tierfrage konfrontiert haben. Welchen Stellenwert besitzt Tierbefreiung in der Politik der Brasilianischen Kommunistischen Partei (PCB)?

Wie unter den meisten Linken befindet sich die Debatte zur Tierfrage unter Kommunisten auf Embryoniveau. Tierbefreiung wird nur mit Veganismus in Verbindung gebracht und diese Assoziation provoziert reflexartig die marxistische Kritik individualistischen Handelns. Einige Genossen und ich versuchen, dieses Zerrbild zu kritisieren und zu verdeutlichen, dass Tierausbeutung nicht allein durch einen veganen Lebensstil beendet werden kann. Veganismus ist Teil revolutionärer Praxis. Das folgt aus unseren ethischen Standards, die auch für Tiere gelten. Der Konsum von Tieren war historisch notwendig, kann aber heute dank der Produktivkraftentwicklung nicht mehr gerechtfertigt werden. Die Mitglieder der Brasilianischen Kommunistischen Partei verstehen im Durchschnitt, dass die Tierindustrie mehrere Widersprüche aufweist. Aber das ist zunächst nur eine theoretische Erkenntnis ohne große Implikationen für die politische oder sozioreproduktive Alltagspraxis. Die Parteijugendorganisation União da Juventude Comunista (UJC) bildet hier die Ausnahme von der Regel. Dort widmen sich, wohl der globalen Tendenz folgend, weitaus mehr Genossen der Sache der Tiere.

In Deutschland, der Schweiz und anderen Staaten der westlichen Hemisphäre stellen verschiedene Spielarten des Liberalismus, innerhalb derer der Veganismus Dreh- und Angelpunkt ist, die stärkste Strömung der Bewegungen, die sich für das Wohl der Tiere einsetzen. Kannst Du umreißen, wie die Tierrechts- und Tierbefreiungsbewegung in Brasilien aufgestellt ist?

Wie in allen Bewegungen, die sich vorrangig gegen Herrschaft richten, gibt es einen Hang zum Liberalismus. Veganismus wird in Brasilien aber allgemein populärer, auch der politische oder, wie wir ihn nennen, der »Veganismus der Massen« (»veganismo popular«). Natürlich gehört ein Großteil der Veganer hier zur weißen Mittelklasse und glaubt an den »Veganismus des Marktes«. Aber es werden auch zunehmend mehr Menschen aus der Arbeiterklasse vegan im politischen Sinne, also nicht nur zur Gewissenserleichterung oder aus gesundheitlichen Motiven. Die Zahl der antispeziesistischen Kollektive ist in den vergangenen Jahren gestiegen. Ich kann mich zwar an kein exklusiv marxistisches erinnern. Aber es gibt einige, die antikapitalistische Positionen vertreten und in denen Marxisten arbeiten, normalerweise gemeinsam mit Anarchisten. Darüber hinaus gibt es sehr interessante Initiativen wie die Favela Orgânica. Das ist ein Projekt in der Favela Babilônia in Rio de Janeiro. Es dient dazu, die Anwohner in der Nutzung von Pflanzen auszubilden, die infolge der Industrialisierung der Nahrungsmittel in Vergessenheit geraten sind. Die Aktiven haben sich darüber hinaus zum Ziel gesetzt, den Vorbehalt, Veganismus sei elitär, zu durchbrechen. Die Animal Liberation Front ist im Land ebenfalls aktiv. Schließlich arbeiten Leute wie ich und einige Genossen in politischen Organisationen und den breiteren Volksbewegungen und Parteien und führen dort die notwendigen Debatten.

Was sollten marxistische Tierbefreiungsaktivisten in den imperialistischen Zentren tun, um ihre Genossen in der Semiperipherie und der Peripherie zu unterstützen?

Ich habe schon einmal in Europa gelebt. Der Unterschied zwischen der Tierbefreiungsbewegung dort und der in Brasilien ist enorm. In Europa bekommt man den Eindruck, dass die Forderung der Befreiung der Tiere auf den Einkauf von veganen Produkten reduziert wird. Es besteht kein Bedürfnis zu hinterfragen, warum einige Menschen nicht ausreichend mit Nahrungsmitteln versorgt sind und warum Indigene getötet oder vertrieben werden, damit Landeigentümer Soja anbauen können. In Brasilien stehen diese Fragen immer auf der Tagesordnung. Es ist praktisch unmöglich, über die Abschaffung der Tierausbeutung zu reden, ohne auch die anderen Probleme zu berücksichtigen. Der marxistische Flügel der Tierbefreiungsbewegung sollte solidarisch sein. Er muss versuchen, die unterschiedlichen materiellen Lebensbedingungen in anderen Teilen der Welt zu verstehen und sie in die Analyse der gesellschaftlichen Totalität einzubeziehen.

Interview: Christian Stache

Maila Costa ist Mitglied der Partido Comunista Brasileiro (PCB, Brasilianische Kommunistische Partei) und lebt im Bundesstaat Rio Grande do Sul im Südosten Brasiliens.
Homepage: pcb.org.br

Anzeige

Eine technische Lösung für ein soziales Problem?

In-vitro-Fleisch ist vor allem ein neues Big Business

Sogar die Vertreter der international herrschenden Klassen haben mittlerweile einige Probleme der industriellen Fleischproduktion anerkannt. Etwa beim World Economic Forum (WEF) in Davos beklagen sie seit zwei Jahren unter anderem Wasser- und Landverbrauch, Klimaschädlichkeit, mangelndes Tierwohl und Gefahren für die menschliche Gesundheit. Dominic Waughray, Mitglied des WEF-Vorstands, äußert sich im Whitepaper »Meat: the Future« dennoch zuversichtlich. Die Einführung von Fleischersatzwaren biete ein »Portfolio an Lösungen, das zusätzlich zu bestehenden tierischen Proteinoptionen dazu beiträgt, mehr Proteine im 21. Jahrhundert für größere Teile der Welt und angepasst an verschiedene Märkte, Bedürfnisse, Konsumentenvorlieben und Preise zur Verfügung zu stellen.«

Bruce Friedrich, Geschäftsführer des Good Food Institute (GFI), das Unternehmen bei der Umstellung auf Fleischersatzprodukte unterstützt, Lobbyarbeit dafür betreibt und Informationen darüber bereitstellt, gibt sich ebenfalls optimistisch: »Wie Menschen es immer in der Geschichte getan haben, werden wir Märkte und Innovationen nutzen, um diese Probleme zu lösen.« In-vitro-Fleisch (IVF) beziehungsweise Fleisch auf Zellbasis sei »eine der vielversprechendsten Technologien«. Fleisch müsse auf eine neue Art und Weise produziert werden. Dafür bräuchte man aber »alle Mann an Bord«, auch die Industrie. »Wir wollen die Fleischindustrie nicht zerstören, wir wollen sie transformieren.«

Damit ist das moderne Heilsversprechen bereits umrissen, welches IVF-Start-ups, Investoren, Philanthropen, NGOs und politische Bewegungen seit einigen Jahren verbreiten: Weltrettung durch Kunstfleischwaren.

Der Mythos wird regelmäßig befeuert, wenn wie 2013 technische Fortschritte erzielt werden. Damals präsentierte der niederländische Wissenschaftler und Mitbegründer des Start-ups Mosa Meat, Marcus Johannes »Mark« Post, der Öffentlichkeit die erste Burgerbulette aus dem Labor. Mittlerweile ist die Produktpalette ausgedehnt worden. Zusätzlich zur Herstellung von Rindfleisch wird auch an der Fabrikation von Schweine- und Hühnerfleisch sowie von »Meeresfrüchten« geforscht. Marktfähig ist aber bisher noch keines der Produkte.

Vegan ist die IVF-Produktion bis dato auch nicht. Um an die benötigten Zellen zu kommen, werden Tiere gehalten, und ihnen muss Muskelgewebe entnommen werden. Bevor die so gewonnenen Zellen in einem Bioreaktor zu Fleisch heranwachsen können, müssen sie in einer Nährlösung kultiviert werden. Diese besteht bisher noch aus Wachstumsserum von Föten trächtiger Schlachtkühe. Post behauptet allerdings, dass die Nährlösung zumindest in seinem Unternehmen inzwischen komplett pflanzlich sei. Außerdem sei die Zahl der gehaltenen Tiere geringer als in der konventionellen Fleischindustrie, und keines müsste mehr getötet werden. Zudem ist es wahrscheinlich, dass die In-vitro-Rindfleischproduktion auf Massenbasis umweltfreundlicher als die herkömmliche Methode ist. Sie käme mit weniger Wasser und Land aus, und die Schadstoffemissionen wären geringer. Gleichwohl äußern Wissenschaftler wie John Lynch, Raymond Pierrehumbert und Arianna Ferrari erhebliche Zweifel an der Ökobilanz des Kunstfleischs, insbesondere weil der Energieverbrauch der Bioreaktoren bis heute nicht bekannt ist.

Das World Economic Forum (WEF) bewirbt In-vitro-Fleisch

Ungeachtet der berechtigten Einwände ist es nachvollziehbar, dass nicht nur Tierrechts- und Tierbefreiungsaktivisten bei einer solchen Produktivkraftentwicklung aufhorchen. Eine Lösung, die der kapitalistischen Tierausbeutung ein Ende macht, würde sie trotzdem nicht bieten. An der Quantität und Qualität der Tierausbeutung, insbesondere für Fleisch, ändert sich allein durch IVF-Produktion und -Verkauf erst einmal genauso wenig wie durch den Konsum von Tofu oder Grünkernbratlingen. Fleischkonzerne und Wissenschaft rechnen nahezu einhellig mit weiteren Wachstumsschüben für die globale Tierfleischproduktion. Die Kunstfleischwaren verschaffen indes nur einigen Verbrauchern ein gutes Gewissen, einer neuen Kapitalfraktion einen fruchtbaren Boden für Profite und dem Kapitalismus ein tierfreundliches Antlitz.

Eine neue Kapitalfraktion entsteht

Laut einer Aufstellung des GFI arbeiten seit 2015, als Memphis Meats (USA), Mosa Meat (Niederlande), Integriculture (Japan) und SuperMeat (Israel) gegründet wurden, weltweit rund 60 Unternehmen an der Herstellung verschiedener IVF-Sorten. Allein 2019 kamen 21 neue hinzu. Die meisten Start-ups finden sich in den USA. Dort sind es 20, in EU-Europa 16, in Israel fünf und in Kanada vier. In Deutschland haben drei ihren Sitz, in der Schweiz gibt es eines.

Die Investitionen in die IVF-Erforschung und -Entwicklung sind in den vergangenen fünf Jahren exponentiell gestiegen. Sofern bekannt, ließen Geldgeber 2015 international nur knapp zwei Millionen US-Dollar (USD) springen, 2019 schon über 82 Millionen. Ende Januar 2020 teilte Memphis Meats mit, dass Finanziers 161 Millionen USD für das Unternehmen bereitgestellt hätten. Die Investoren sind damit zwar noch nicht so spendabel wie bei der Entwicklung pflanzenbasierter Fleischalternativen, deren Produzenten allein im Jahr 2018 mit 673 Millionen USD ausgestattet wurden. Aber das Finanzvolumen des In-vitro-Sektors wächst im Windschatten des kommerziellen Erfolgs der beiden führenden Hersteller von Fleisch auf Pflanzenbasis Beyond und Impossible Meat.

Seit 2019 hat die IVF-Industrie in den USA auch eine Interessenvertretung: die Alliance for Meat, Poultry & Seafood Innovation. Gründungsmitglieder sind Memphis Meats, BlueNalu, Finless Foods, Fork & Goode und Just. Ihnen geht es vor allem um den Aufbau eines Branchenimages, die Zulassung ihrer Produkte für den dortigen Markt und darum, sich in den bereits einsetzenden Kämpfen mit konkurrierenden Kapitalfraktionen durchzusetzen. Zum Beispiel die Bezeichnung der hergestellten Endprodukte als »Fleisch« ist wie bei pflanzlichen Alternativen hoch umstritten. Die US-Fleischbarone betiteln die neuen Produkte schlicht als »Fake Meat«.

Mit der Fleischindustrie, Bill Gates und anderen »Philanthropen«

Das Verhältnis der Fleischindustrie zu den neuen Unternehmen ist aber keineswegs nur von Konkurrenz geprägt. Der deutsche Verband für alternative Proteinquellen Balpro meint etwa: »Wir fordern keine Revolution gegen tierische Erzeugnisse oder andere Produktkategorien, sondern treten für eine objektive Betrachtung von alternativen Proteinquellen und den entsprechenden Technologien zu ihrer Erschließung ein.« Justin Whitmore, Vizepräsident des größten US-Fleischkonzerns Tyson Foods, geht noch deutlich weiter: »Wir investieren weiterhin in unser traditionelles Fleischgeschäft, aber wir glauben auch daran, zusätzliche Wachstumsmöglichkeiten zu erschließen, indem man den Konsumenten eine größere Auswahl bietet.« Produktion von Tier- und In-vitro-Fleisch schließen sich also nicht aus, sondern sollen einander ergänzen.

Entsprechend beginnen IVF-Start-ups und Fleischkonglomerate, miteinander zu verschmelzen: Tyson Foods hat zum Beispiel über zwei Millionen USD an das israelische Unternehmen Future Meat Technologies überwiesen. Die Bell Food Goup, einer der beiden führenden Schweizer Fleischhersteller, ist mit sieben Millionen Euro an der niederländischen Firma Mosa Meat beteiligt. Migros, die Mutter des zweiten eidgenössischen Fleischkonzerns von Rang, Micarna, ist bei Aleph Farms aus Israel eingestiegen, und der deutsche Marktführer im Geflügelfleischsektor, die PHW-Gruppe, hält zehn Prozent der Anteile an Super Meat mit Sitz in Tel Aviv.

Die IVF-Pioniere stehen aber nicht nur auf den Gehaltslisten reiner Fleischkapitalisten, sondern auch auf denen anderer Großkonzerne. Der Agrarmulti Cargill gehört zum Beispiel zu den Gönnern von Aleph Farms und Memphis Meats. An letzterem sind auch Microsoft-Gründer Bill Gates, Kulturindustriemogul und Fluglinienteilinhaber Richard Branson sowie der saudische Prinz Khaled bin Alwaleed bin Talal beteiligt, bei Mosa Meat der deutsche Chemie- und Pharmakonzern Merck und Google-Ko-Gründer Sergey Brin.

Tierschutz- und Tierrechtsclaqueure

Im Wissen darum, wer bereits heute im IVF-Geschäft das Sagen hat, sollte man meinen, dass Organisationen, die sich für Tiere einsetzen, zumindest kritische Distanz wahren. Aber ganz im Gegenteil – Tierschutz- und Tierrechtsorganisation suchen den Schulterschluss. Ingrid Newkirk, Präsidentin von People for the Ethical Treatment of Animals (PETA), brüstet sich geradezu damit, dass ihre Organisation seit Ende der 1990er-Jahre zu den IVF-Vorkämpfern zählt. Die Schweizer Tierschutz-»Denkfabrik« Sentience Politics übernimmt in einem 2016 veröffentlichten Positionspapier die Mär von der angeblich möglichen schrittweisen Ablösung der traditionellen Fleisch- durch die IVF-Produktion. Sie will daher die Öffentlichkeit »über die Vorteile von kultiviertem Fleisch« informieren und für Subventionen und andere staatliche Hilfen eintreten. ProVeg Deutschland plant zum zweiten Mal in Folge seine »New Food Conference«, unter anderem gesponsert vom Fleischkonzern Rügenwalder Mühle und von der Supermarktkette Lidl, um dem IVF-Business eine Plattform zu bieten.

Diese und andere Tierschutz- und Tierrechtsorganisationen kreieren durch ihr Tun den Absatzmarkt, ein politisch korrektes Image für IVF-Waren und den Mythos, ein tierfreundlicher Kapitalismus sei durch Technik, Markt und »ethischen Konsum« möglich. PETA und Co agieren als zivilgesellschaftliche Vorfeldgruppen der neuen Kapitalfraktion, die mit Fleischersatzwaren ihre Gewinne einfährt, aber sonst alles dabei belässt, wie es ist. Die gemeinsame Losung von IVF-Start-ups, Investoren und Tierschützern lautet – in Newkirks Diktion: »In diesen Tagen haben wir einen freien Markt, der auch frei von Grausamkeiten ist.«

Der Schwindel vom sauberen Fleisch

Dass ein florierender Markt für IVF und vegane Fleischersatzwaren mitnichten frei von Ausbeutung von Arbeitern, Tieren und Natur – also frei von Grausamkeiten – ist, liegt auf der Hand. Mit wenigen Ausnahmen bestreiten nicht einmal die Befürworter der Diversifizierung von Produktion und Angebot ernsthaft, dass die Fleischherstellung, wie von von der Food und Agriculture Organization (FAO), der Welternährungsorganisation der UNO, prognostiziert, international bis 2050 weiter exorbitant anwachsen wird. Solange Tyson, Bell, PHW und so weiter mit Fleischwaren Geld verdienen können, wird sich daran nichts ändern. Der Markt ist weder demokratisch noch gerecht: Auf Basis des Privateigentums an Produktionsmitteln ermöglicht er gerade, Tiere und ihre Körperteile als Waren zu verkaufen.

Für die Fleischindustrie und ihre Finanziers sind die Investitionen in IVF und andere »alternative Proteine« von Nutzen, weil sie Anlagen für überakkumuliertes Kapital bieten und neue Profite versprechen. Sie lassen auch den Kapitalismus und das Geschäft mit dem Tiermord vegan und ökologisch erscheinen (»Vegan-« und »Greenwashing«). Zudem zeigt sich bereits, dass mit der Verbreitung von In-vitro-Produkten und pflanzenbasierten Konsumgütern die Zustimmung eines

Bild: Flickr/Steve Jurvetson

Laborfleischinvestoren: Bill Gates und Steve Jurvetson

Teils der Bewegungen, die sich für Tiere engagieren, zur bürgerlichen Gesellschaft organisiert, die Tierrechtsbewegung entpolitisiert und Protest in konforme Bahnen kanalisiert wird. In diesem Zusammenhang wird verständlich, warum die IVF-Propaganda dem bürgerlichen Technik- und Fortschrittsoptimismus neues Leben einhaucht. Wer an alternative Proteinquellen als Lösung für die Probleme der Fleischindustrie glaubt, muss die sozialen Ausbeutungs- und Herrschaftsbeziehungen nicht (mehr) hinterfragen.

Zumindest sieht das eine internationale Gruppe von Wissenschaftlern und Tierrechtsaktivisten um Zipporah Weisberg, John Sanbonmatsu und Vasile Stanescu so. Sie kritisieren, dass der »Schwindel vom sauberen Fleisch« von »den wesentlichen Problemen ablenkt« und die Fleischindustrie langfristig global stärken würde. Dem ist eigentlich nur hinzuzufügen, dass sich mit den Produktivkräften, die eine vegane und ökologische Produktion eventuell erlaubten, ein altes Problem auf einer neuen Ebene offenbart: das des privaten Eigentums an ihnen. Denn nachhaltig und unter Berücksichtigung der Interessen von Menschen und Tieren könnte nur produziert werden, wenn auch demokratisch und sozial über die Nutzung der Produktivkräfte entschieden würde. Es bedarf also anderer Eigentums- und Produktionsverhältnisse.

Christian Stache

Superspreader Fleischkapital

Das Agrobusiness als Treiber der Coronapandemie und anderer Seuchen

Schon vor dem Jahr 2020 war es nicht mehr die Frage, ob es zu einer globalen Pandemie kommen würde. Dafür hat die kapitalistische Weltwirtschaft das Ökosystem der Erde in den letzten zwei Jahrhunderten zu stark verändert. Ihre Eingriffe in die Natur haben zahlreiche Krankheitserreger hervor- sowie in Umlauf gebracht und so zum Problem für die Menschheit gemacht. Für den schwedischen Humanökologen Andreas Malm ist die kapitalistische Ökonomie daher die »allgemeine Triebkraft« hinter der Entstehung immer neuer Viren und deren rasanter Verbreitung.

Es war daher nur die Frage, wann und wo eine weltweite Seuche ihren Ausgang nehmen würde. Im Wissen darum warnen Virologen und Epidemiologen seit Dekaden vor der Ausbreitung von Infektionskrankheiten, die von Tieren auf Menschen und umgekehrt übertragen werden (Zoonosen) und die gesamte Menschheit erfassen können. Das vermehrte Auftreten von SARS-, MERS-, Ebola- und Grippevarianten in den letzten zwei Jahrzehnten deutet auf einen Trend hin, der in der aktuellen Coronapandemie einen vorläufigen, voraussichtlich aber nicht den letzten Höhepunkt erreicht hat.

Die Protagonisten der kapitalistischen Naturzerstörung, die immer neue Gefahren für die menschliche Gesundheit hervorbringt, sind vor allem die oligopolistischen Agrar- und Fleischkonzerne. Ihre Produktion und Verteilung von Waren, so der US-amerikanische Biologe Robert Wallace, sind »perfekt organisiert, um die Evolution von Krankheitserregern und ihre anschließende Übertragung zu beschleunigen«. Wenn also das Gesellschaftssystem, in dem die Mehrheit der Menschen, Tiere und die Natur der Profitakkumulation untergeordnet sind, der allgemeine Treiber für Seuchen ist, ist das Agrobusiness der besondere – es ist ein Superspreader für Keime aller Art und Risikostufen.

Büchse der Pandora in der Wildnis

Die Geschichte von SARS-CoV-2 legt davon beredtes Zeugnis ab. Derzeitigen Erkenntnissen zufolge hat sich das neuartige Coronavirus seinen Weg aus chinesischen Wäldern auf einen Wildtiermarkt in der Stadt Wuhan gebahnt und dort Konsumenten wie Verkäufer infiziert. Seine ursprünglichen Wirte, wahrscheinlich Fledermäuse, werden auf solchen Märkten ebenso feilgeboten wie Schuppentiere, die im Verdacht stehen, als Zwischenwirte fungiert zu haben.

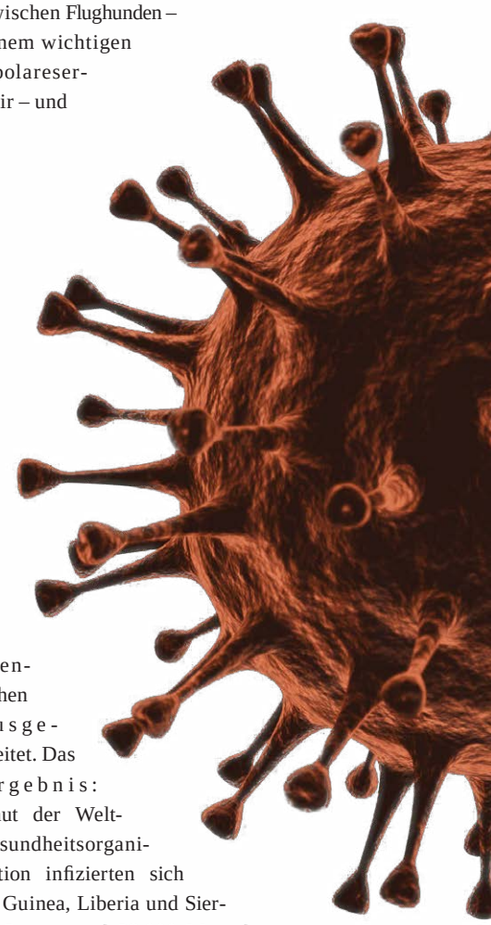
Dass Menschen vermehrt mit diesen Spezies in Kontakt gekommen sind und SARS-CoV-2 so der Sprung vom Tier zum Menschen gelingen konnte, hat vorrangig zwei Gründe. Erstens hat die Jagd auf Wildtiere zugenommen. Denn das Geschäft mit Wildfleisch ist in China bisher ziemlich rentabel gewesen. Zuletzt erarbeiteten in diesem Sektor rund 14 Millionen Chinesen einen Jahresumsatz von 74 Milliarden US-Dollar. Die Nachfrage nach Wildbret ist in jüngerer Vergangenheit vor allem unter Gutbetuchten gestiegen.

Die Virusverbreitung findet dann entlang der Ketten statt, über die Wildtiere und ihr Fleisch gehandelt werden. Tagelöhner, deren Verdienst geradeso für ihr Auskommen reicht, versorgen die Händler auf großen Märkten in Wuhan und anderen Metropolen der Welt mit den Luxuswaren. Die Krankheitserreger, denen die Kulis in aller Regel zuerst ausgesetzt sind, werden den Käufern exotischer Lebewesen unbeabsichtigt mitgeliefert. Legal und illegal gelangen die Tiere – und damit auch die Viren – so überall hin, beispielsweise nach Deutschland, einem der Hauptabsatzmärkte für Wildtiere aus aller Welt.

Zu den Gründen für die Übertragung von SARS-CoV-2 von Tieren auf den Menschen gehören zweitens die stetig wachsende Erschließung und Inwertsetzung von Landflächen für die Massentierhaltung oder für den monokulturellen Anbau von Cash Crops und Futtermitteln. Weil zunehmend Urwälder gerodet werden, sind zum einen Wildtierjäger gezwungen, immer tiefer in die Wälder und zuvor geschlossene Ökosysteme vorzudringen. Die Wahrscheinlichkeit, sich auf diesem Wege mit einem seltenen Erreger zu infizieren und ihn dann unbeabsichtigt weiterzugeben, steigt enorm. Zum anderen führt die Zerstörung der Habitate von Fledermäusen, Schuppentieren und Co dazu, dass sich die Tiere nun dort herumtreiben, wo Menschen leben. Mit dem Vordringen von Agrar- und Fleischkonzernen in ihre Lebensräume verschwinden zudem die ökologischen Nischen und die Biodiversität, die Krankheitserreger natürlicherweise eindämmen.

Mit anderen Worten: Der Heißhunger nach Gewinnen veranlasst die Wildfleischproduzenten und Wildtierhändler – zwei kleinere Fraktionen des Fleischkapitals – sowie die großen Agrar- und Mastunternehmen, Boden und Tiere zu Waren zu machen. Dadurch öffnen sie die in den letzten Resten der Wildnis verborgene Büchse der Pandora immer weiter, in der nicht nur SARS-CoV-2 schlummerte. Alle neuen Epidemien der vergangenen Jahre sind auf ähnliche Weise entstanden. Robert Wallace geht deshalb davon aus, dass es derzeit keine »kapitalfreien« Krankheitserreger gibt – ihre Entstehung und Verbreitung ist überall auf die kapitalistische Ökonomie zurückzuführen.

Ein anderes Beispiel dafür ist das Ebolavirus, das 2014 im westafrikanischen Guinea auf Menschen übertragen wurde. Durch die extensive Waldrodung für den Plantagenbau im Zuge der Integration des Landes in den Weltmarkt als Palmölliefer-ant wurde dort der Kontakt zwischen Flughunden – einem wichtigen Ebolareservoir – und Menschen ausgeweitet. Das Ergebnis: Laut der Weltgesundheitsorganisation infizierten sich in Guinea, Liberia und Sierra Leone rund 28.000 Menschen, 11.000 starben. Die Dunkelziffern werden noch weitaus höher angesetzt.

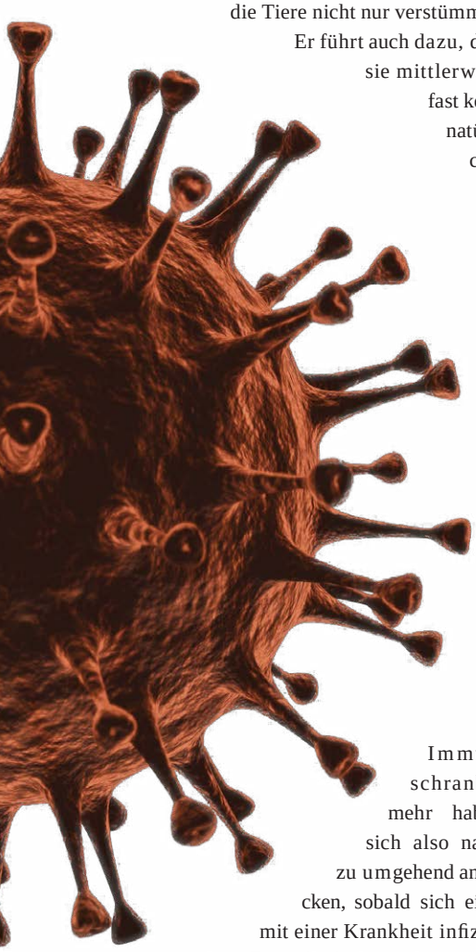


Brutstätten der Pandemien

Während die pandemierelevante Inwertsetzung von Natur und Wildtieren durch Agrar- und Fleischkonzerne heute zumeist in der Peripherie stattfindet, leisten Unternehmen auch in den Zentren des kapitalistischen Weltsystems ihren Beitrag dazu, dass Infektionskrankheiten viral gehen können. Wallace betrachtet etwa »die intensive Geflügel- und Viehwirtschaft« als den »Schmelztiegel, in dem viele der virulenten tierischen Krankheitserreger entstehen«. Auch der

Umweltingenieur Drew Pendergrass und der Umwelthistoriker Troy Vettese gehen davon aus, dass die industrialisierte Tierhaltung am meisten dazu beigetragen hat, »uns ins Steinzeitalter der öffentlichen Gesundheit zurück zu befördern«.

Fleischbetriebe sind tatsächlich wahre Brutstätten von Pandemien. Für die Mast wurden die Gene der Tiere soweit manipuliert, dass diese ausschließlich einem bestimmten Zweck dienen, nämlich Eier zu legen oder Fleischmasse anzusetzen. Eine Frühform dieser Tierausbeutung – Genmanipulation durch Zucht – hat schon Karl Marx als »disgusting« (»ekelhaft«) bezeichnet. Heute weiß man, dass der Einsatz von Gentechnik die Tiere nicht nur verstümmelt. Er führt auch dazu, dass sie mittlerweile fast keine natürlichen Immunschranken mehr haben, sich also nahezu umgehend anstecken, sobald sich eines mit einer Krankheit infiziert hat. Das gilt insbesondere, wenn Tiere in riesigen Gruppen auf engstem Raum in einem, wie Marx sagt, »Zellengefängnißsystem« zusammengepfercht werden. Diese Haltungsbedingungen setzen sie derart unter Stress, dass ihr Immunsystem noch weiter geschwächt wird.



Auch der schnelle Durchlauf von Tieren in der Zucht, Haltung und Schlachtung ist ein fruchtbarer Boden für die Übertragung und Ausbreitung von Viren und anderen Erregern, weil es beständig neue Wirtstiere gibt. Hinzu kommt, dass das industrielle Schlachten die Virulenz steigert, also die Fähigkeit eines Erregers, einen Organismus zu besiedeln, und den Schaden, den er in diesem Wirtskörper anrichtet.

Ein weiterer, wesentlicher Weg der geografischen Verteilung zoonotischer Erkrankungen sind Tiertransporte. Dass die Tiere nicht nur in die Nähe anderer Tiere, sondern auch von Menschen befördert werden, versteht sich von selbst. Heute werden sie allerdings nicht mehr »nur« innerhalb einzelner Regionen, sondern auch international gehandelt. Lebewesen, die in Deutschland geschlachtet werden, stammen nicht zwingend auch von dort. Die globale Vernetzung und Verteilung des Fleischkapitals von der Zucht über die Haltung bis zur Schlachtung befeuert also die Infektion mit Erregern und die räumliche Ausdehnung von Seuchen. Auf diese Weise hat sich etwa die »Vogelgrippe« (H5N1) zu Beginn des Jahrhunderts ausgehend von Südostasien weltweit ausgebreitet.

Friedrich Engels hat vor dem Hintergrund ähnlicher, gleichwohl qualitativ und quantitativ weniger ausgeprägter Versuche, sich die Natur untertan zu machen, zu Recht davor gewarnt, diese werde sich für mutmaßliche »menschliche Siege« über sie »rächen«. Diesem Gedanken folgend kann man, wie es der Journalist Matthias Becker macht, »die evolutionäre Dynamik der Mikroorganismen und Zoonosen« als »Nemesis« der Fleischindustrie betrachten. Sie sind »eine Art lebendiger industrieller Schadstoff« (Wallace), den das Fleischkapital ebenso systematisch erzeugt wie CO_2 oder die Zerstörung der Natur durch die Abholzung des Regenwalds und die Herabstufung der Tiere zu Produktionsmitteln. Die »Ätiologie der neuen Pandemien«, also die ursächlichen Entstehungszusammenhänge von Epidemien internationalen Ausmaßes, ist insofern, wie die Soziologen John Bellamy Foster und Intan Suwandi bemerken, Teil des »übergreifenden Problems der ökologischen Zerstörung durch den Kapitalismus«.

»Lösung« der Coronakrise à la Tönnies

Freilich juckt die Gesundheitsgefahr, die von Zoonosen ausgeht, Magnaten wie Clemens Tönnies, die Batista-Führungsclique des brasilianischen Fleischkonglomerats JBS oder ihre Kompagnons in den USA und China nur bedingt. Natürlich müssen sie Einbußen hinnehmen, wenn ein Erreger in einem ihrer Mast- und Schlachtbetriebe Tiere befällt. Ein Teil ihres produktiven Kapitals geht verloren, denn die erkrankten Tiere werden nicht medizinisch behandelt – das rentierte sich nicht –, sondern »gekeult«.

Die Ausbeutung von Arbeitern, Tieren und der Natur durch das internationale Fleischoligopol garantiert ausreichende Gewinne, selbst wenn einige infizierte Tierpopulationen nicht verarbeitet werden können. Außerdem bereinigen Seuchen die Märkte: Sie unterstützen den Konzentrationsprozess im Fleischsektor, der die Branchenriesen begünstigt, weil kleine Unternehmen die Verluste durch Keulung nicht kompensieren können, die großen hingegen schon. Die Kosten für die gesundheitlichen Folgeschäden bei Menschen werden, wie im Kapitalismus üblich, vergesellschaftet. Das heißt: Staaten und, infolge der zunehmend privatisierten und ökonomisierten Gesundheitsversorgung, hauptsächlich die Subalternen müssen für Gesundheitsschutz und Arztkosten aufkommen.

Das Paradebeispiel hierfür ist der Fall Tönnies. Deutschlands führender Fleischproduzent hat nicht nur Arbeits- und Wohnverhältnisse etabliert, die das Ansteckungsrisiko unter den Werkvertragsarbeitern extrem erhöhen. Er hat auch die Infektion von Menschen außerhalb seiner Fabriken in Kauf genommen, als er nach der Verbreitung von COVID-19 in der Republik mit dem Segen der Bundesregierung – »systemrelevant!« – weiter produzieren ließ und sich dadurch im Frühjahr 2020 über 2.000 Kollegen in seinem Stammwerk mit dem Virus infizierten. Der Dreistigkeit nicht genug, beantragte der milliardenschwere Unternehmer dann noch, dass der Staat für Lohnkosten aus der Zeit aufkommt, in der die Schlachtbänder stillstehen mussten. Schlussendlich hat er jede Haftung für den regionalen Ausbruch der Epidemie, dessen Hotspot sein Hauptsitz in Rheda-Wiedenbrück war, rundheraus zurückgewiesen.

Tönnies behauptet seinerseits, lediglich die unzureichende technische Ausstattung seiner Fleischbetriebe sei für deren Verwandlung in regionale Infektionsherde verantwortlich. In der Tat begünstigen besondere Belüftungs- und Kühlsysteme die Verbreitung der Viren. Aber diese Technologien sind weder Ursprung der Infektionen noch alleinige Ursache ihrer Ausbreitung.

Sozialökologische Probleme wie Pandemien ausschließlich auf unzureichende Technik zurückzuführen, ist Ausdruck eines bürgerlichen Ökomodernismus – also der Strategie, diese und andere Probleme in erster Linie durch die Entwicklung neuer Produktivkräfte beheben zu wollen. Diese setzt jedoch bloß den Status quo fort und ist damit das Gegenteil dessen, was nötig ist, um nicht nur sozial und speziesgerecht, sondern auch nachhaltig und gesund zu produzieren und zu leben. Wenn die Krankheits- und Infektionserreger dem Agrar- und Fleischkapital und seinen Kreisläufen entspringen, müssen sie auch dort bekämpft werden. Das geht nur, wenn die Nahrungsmittelproduktion und Landwirtschaft einer Konversion unterzogen und demokratischer Kontrolle unterstellt werden. Auch Gesundheitspolitik ist also Klassenkampf.

Christian Stache und Christin Bernhold

Die Schweizer Volksinitiative gegen Massentierhaltung

Über alten und neuen Tierschutz und weshalb er die Abschaffung der Tierausbeutung nicht voranbringt

Das Schweizer Stimmvolk wird in den nächsten Jahren über die Volksinitiative »Keine Massentierhaltung in der Schweiz« abstimmen können. Der liberalen Denkfabrik Sentience Politics, welche die Initiative im Juni 2018 lanciert hatte, ist es gelungen, die dafür benötigten 100.000 Unterschriften zu sammeln. Unterstützung erhielt sie dabei unter anderem von Tier- und Naturschutz-NGOs, Organisationen der Tierrechts- und Tierbefreiungsbewegung sowie Parlamentariern verschiedener Parteien. Kopf des Initiativkomitees ist die grüne Nationalrätin und Co-Geschäftsleitung von Sentience Politics Meret Schneider. Als die Volksinitiative am 17. September 2019 bei der Bundeskanzlei in Bern feierlich eingereicht wurde, präsentierten sich deren Urheber politisch breit aufgestellt. Als Redner kamen nicht nur Politiker der Grünen, sondern auch der sozialdemokratischen SP und der nationalkonservativen SVP zu Wort, obwohl die beiden letztgenannten Parteien bis heute nicht zu den Unterstützern der Initiative zählen. In ihrer Pressemitteilung schrieb Sentience Politics: »Wohl selten sind sich Bastien Girod von den Grünen, Daniel Jositsch von der SP und Stefan Hofer von der SVP so einig.« Was sind also die Forderungen, die diese Allianz eint?

Mitinitiantin Meret Schneider (dritte v.r.) präsentiert sich bei der Einreichung der MTI mit Politikern von links bis rechts

Die Massentierhaltungsinitiative (MTI) sieht ihrem Wortlaut nach vor, dass der Bund die Würde des Tieres in der landwirtschaftlichen Tierhaltung schützt. Bereits nach geltendem schweizerischem Recht ist die Würde der Kreatur verfassungsrechtlich verankert und das Tierschutzgesetz gibt den Schutz der Tierwürde als seinen Zweck aus. Die Initiative will nun zusätzlich in die Verfassung schreiben, dass die Tierwürde den Anspruch umfasst, nicht in Massentierhaltung zu leben. Diese wird als industrielle Tierhaltung zur möglichst effizienten Gewinnung tierischer Erzeugnisse definiert, bei der das Tierwohl systematisch verletzt wird. Zur Umsetzung der MTI sollen der Gesetz- und der Verordnungsgeber Kriterien insbesondere für eine tierfreundliche Unterbringung und Pflege, den Zugang ins Freie, die Schlachtung und die maximale Gruppengröße pro Stall festlegen und Vorschriften für die Einfuhr von Tieren und tierischen Erzeugnissen zu Ernährungszwecken erlassen.

Tiermord nach Biostandards

Laut Meret Schneider würde die Annahme der MTI »eine radikale Umwälzung, eine kleine Revolution« bedeuten. Liest man sich den Initiativtext jedoch durch, ergibt sich ein ganz anderes Bild. Als konkreten Mindeststandard für die Behandlung der Tiere sieht die Initiative nämlich schlicht die Anforderungen der Bio-Suisse-Richtlinien 2018 vor. Diese beinhalten im Vergleich zu den gesetzlichen Vorschriften zwar gewisse Verbesserungen für die Tiere, sie gewährleisten aber, anders als die Initiative suggeriert, keine Abschaffung der Massentierhaltung. Beispielsweise erlauben sie pro Stalleinheit weiterhin die Haltung von 2.000 Lege-, 4.000 Aufzuchthennen oder 8.000 Küken. Darüber hinaus ermöglicht die Initiative großzügige Übergangsfristen von bis zu 25 Jahren für die Anpassung der Tierhaltung. Das bedeutet, dass die ohnehin nur partiellen Verbesserungen für die Tiere ein Vierteljahrhundert aufgeschoben werden können. Von einer grundlegenden Umwälzung der Nutztierwirtschaft kann also überhaupt nicht die Rede sein.

Schon gar nicht würde die Annahme der MTI dazu führen, dass die Würde des Tieres in der landwirtschaftlichen Haltung geschützt wird. Denn nach wie vor würden Tiere zur Fleischproduktion getötet werden. Der Begriff der Tierwürde kann entgegen der herrschenden Rechtsauffassung nur den Sinn haben, dass Tiere als Individuen und nicht als bloße Objekte behandelt werden. Das Schlachten als ökonomisch motivierte Auslöschung ihres Lebens, die darauf ausgerichtete Haltung und die Verarbeitung der Körper zu Fleischwaren bilden daher den Inbegriff der Verletzung der Tierwürde. Sentience Politics weist in ihrem »Positionspapier zur Initiative« sogar selbst darauf hin, dass »sich ein wirksamer Schutz der Würde des Tieres kaum ohne Lebensschutz denken« lässt. Indem sie aber die Fleischproduktion nach Biostandards dem Stimmvolk als Schutz der Tierwürde verkauft, trägt sie selbst zur Rechtfertigung des industriellen Tiermords bei.

Der Bundesrat (die Regierung der Schweiz) empfiehlt die Ablehnung der MTI und hat einen Vorschlag für einen direkten Gegenentwurf vorgelegt. Er begründete diese Entscheidung damit, dass er das Anliegen grundsätzlich begrüße, die Verankerung privater Biostandards in der Verfassung aber als zu weitgehend ansehe. Zudem erachtet er die Anwendung dieser Standards auf Importe als unvereinbar mit Handelsabkommen und nur sehr schwer umsetzbar. Es besteht somit die Möglichkeit, dass das Stimmvolk an der Urne mit zwei Vorschlägen konfrontiert sein wird, die beide eine tierfreundlichere Lebensmittelproduktion versprechen, de facto aber für die Tiere kaum etwas ändern.

Zurück zum Tierschutz

Die MTI genießt in der Schweizer Tierrechts- und Tierbefreiungsbewegung eine beinahe einhellige und unkritische Unterstützung. Im Initiativkomitee sitzen Personen von zentralen Bewegungsorganisationen wie etwa Tier im Fokus, Animal Rights Switzerland und Pour l'Égalité Animale. Die aktive Beteiligung des Großteils der Tierrechtsbewegung deutet darauf hin, dass sich in ihrem Verhältnis zum Tierschutz ein grundlegender Wandel vollzogen hat. Nachdem sie sich in ihrer historischen Genese für Jahrzehnte in Abgrenzung zum Tierschutz entwickelt hatte, findet gegenwärtig wieder eine Annäherung statt. Der dieser Entwicklung entsprechende politisch-strategische Ansatz wird als »neuer Tierschutz« (engl. New Welfarism) bezeichnet. Der klassische Tierschutz zielt primär darauf ab, Formen der Unterdrückung und Ausbeutung von Tieren einzudämmen, die für unproduktiv oder exzessiv befunden werden, ohne jedoch die Tiere von ihrer Verdinglichung zum Produktionsmittel und zur Ware befreien zu wollen. Im Unterschied dazu schreibt sich der »neue Tierschutz« nicht bloß die Vergrößerung der Käfige, sondern ultimativ auch die Abschaffung der Tierausbeutung auf die Agenda. Dieses Ziel will er Schritt für Schritt mittels Tierschutzreformen erreichen.

Die MTI fordert keine Abschaffung der Massentierhaltung

Auch wenn der neue Tierschutz hinsichtlich seines Endziels über den klassischen hinausgeht, bleibt er trotzdem Tierschutz. Tierrechts- und Tierbefreiungsorganisationen, die sich diesem Ansatz verschrieben haben, fallen hinter die Kritik zurück, welche die Bewegung einst am Tierschutz formuliert hat. Das Problem des neuen Tierschutzes besteht nicht darin, dass er Reformen für das Tierwohl anstrebt, sondern dass diese eine rein tierschützerische Stoßrichtung haben. Solche Reformen haben in der Vergangenheit nicht zu einer Schwächung der Tierindustrie geführt. Vielmehr haben sie ihr ermöglicht, sich zu modernisieren und ihr Image aufzubessern. Teilweise haben sie sich sogar für das Tierkapital als ökonomisch profitabel erwiesen. Der Tierschutz bildet zudem ein Kernelement des ideologischen Überbaus, mit dem die Nutzung und Tötung von Tieren in der kapitalistischen Produktion gerechtfertigt und verschleiert wird. Heutzutage bezeichnen sich beinahe alle Kapitalisten in der Tierindustrie als »Tierschützer« und werben mit ihren Tierwohlstandards.

Die Defizite des neuen Tierschutzes zeigen sich exemplarisch an der MTI. Der Tierrechtsverein Tier im Fokus schreibt in seiner Internetpublikation »7 Gründe, wieso du die Initiative gegen Massentierhaltung unterschreiben solltest«, diese sei ein »Frontalangriff auf die Tierindustrie« und trage zur »Aufklärung« über das »Schicksal der Schweizer Nutztiere« bei. Im Gegensatz zu dieser Einschätzung steht nicht nur der Wortlaut des Initiativtextes, sondern auch die bisherige öffentliche Debatte. Meret Schneider bewirbt die MTI offen als eine Chance für die Nutztierwirtschaft. So äußerte sie etwa gegenüber der Pendlerzeitung 20 Minuten, dass eine Verschärfung der Vorschriften den lokalen Fleischunternehmern die Möglichkeit biete, sich am Markt zu profilieren. Die Schweiz könne dann »tierische Produkte höchster Qualität anbieten«. Und die Situation der Tiere nach Annahme der Initiative skizziert sie wie folgt: »Wir wollen zurück zu den Bildern à la Heidi, die der Konsument im Kopf hat.« Die medial präsente Initiantin klärt also nicht über das mit der Produktion tierischer Waren notwendig verbundene Leid der Tiere auf. Sie gibt stattdessen vor, die Märchen der Tierindustrie über die Nutztierhaltung wahr werden zu lassen.

Revolutionäre Realpolitik statt Reformismus

Tierschutz, ob neu oder alt, bringt den Kampf für die Befreiung der Tiere nicht voran. Das Unvermögen reformistischer Strategien beruht darauf, dass sie von den ökonomischen Ursachen der Tierausbeutung abstrahieren. So verkennen auch die Initianten der MTI, dass die von ihnen als Massentierhaltung definierte Behandlung der Nutztiere in der Natur der kapitalistischen Produktionsweise begründet liegt. Im Falle der Annahme der Initiative würde sich der Umgang mit den Tieren in der Landwirtschaft weiterhin nicht am Tierwohl, sondern an Kriterien der Rentabilität orientieren, weil die Produktion nach wie vor dem Diktat der Profitmaximierung unterworfen wäre. Nur könnte die Tierindustrie künftig mit Verweis auf die Verfassung damit werben, dass es in der Schweiz keine Massentierhaltung gäbe, und das sogar mit der Bestätigung von Organisationen der Tierrechts- und Tierbefreiungsbewegung. Der Blindheit der Initianten bezüglich der ökonomischen Ursachen der Tierausbeutung entspricht ihr Opportunismus in der Politik: Indem sie versuchen, eine Allianz von linksliberalen bis zu rechtskonservativen Kräften aufzubauen, schüren sie die Illusion, die Tierfrage transzendiere die verschiedenen politischen Lager, statt das Interesse des Kapitals an der Tierausbeutung zu entlarven.

Die Alternative zum Tierschutz bildet nicht die Ablehnung jeglicher Reformen und Kompromisse. Sie besteht in der Entwicklung einer Strategie der revolutionären Realpolitik, die den Kampf für konkrete Verbesserungen auch als Vorbereitung der Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaft begreift, um der Ausbeutung und Unterdrückung der beherrschten Klassen und der Tiere ein Ende setzen zu können. Im Sinne einer solchen Politik sollte die Tierrechts- und Tierbefreiungsbewegung den kommenden Abstimmungskampf dafür nutzen, als eigenständiger Akteur aufzutreten, der die öffentliche Debatte über die Grenzen des Tierschutzdiskurses hinaustreibt, anstatt diesen weiter zu befeuern.

Tierrechtsgruppe Zürich

Aktivismus als Selbstzweck

Der Franchise-Protest von Anonymous for the Voiceless

Wer sich für Tierrechte und Tierbefreiung einsetzt, kam in den letzten Jahren kaum umhin, sich mit neuen Zusammenschlüssen aus dem englischsprachigen Raum zu befassen, die wie Pilze aus dem Boden schossen: Sie heißen Anonymous for the Voiceless (AV), Direct Action Everywhere (DxE) oder The Save Movement (Save). Vor allem die australische Organisation AV konnte seit ihrer Gründung 2016 ein beispielloses Wachstum verzeichnen: Rund 1.000 »Chapter« (Ableger) gab es Anfang 2020 weltweit. Ihre Aktivisten gewinnt sie mit einem franchiseartigen Konzept und professioneller Social-Media-Kommunikation. Politische Inhalte über das Propagieren von Veganismus und Tierrechten hinaus sucht man bei AV allerdings vergebens. Der durchgestylte Protest gaukelt Wirksamkeit vor, wo Ausbeutungs- und Eigentumsverhältnisse unangetastet bleiben und Engagement zur bloßen Werbestrategie wird.

Screenshot: facebook/Anonymous for the Voiceless

»Hauptsache für die Tiere«: AV schießt scharf gegen Kritik aus der veganen Bewegung

Der »effektivste Aktivismus«

Der Einsatz auf der Straße folgt bei AV einem durchgeplanten Konzept: Wer ein Chapter gründet, verpflichtet sich, mindestens einmal im Monat einen »Cube of Truth« zu veranstalten: Dabei stellen sich Aktivisten in Guy-Fawkes-Masken und schwarzer Kleidung in Fußgängerzonen in quadratischer Formation auf und zeigen auf Bildschirmen die Gräueltaten der Tierindustrie. Umrahmt wird der »Cube« mit Schildern, auf denen in verschiedenen Sprachen »Wahrheit« steht. Bleiben Passanten rundherum stehen, werden sie von speziellen Aktivisten, den »Outreachern«, angesprochen. Endet das Gespräch mit Interesse am Veganismus, wird das als »Conversion« (Bekehrung) und Erfolg verbucht.

Die Cubes bieten ein niederschwelliges Mitmach-Angebot: Wer sich mit der abolitionistischen Absicht, Tierausbeutung beenden zu wollen, und dem Propagieren des Veganismus als politischer Methode identifiziert, kann mitwirken. Nur die Diskussion mit Passanten wird erfahreneren, von AV geschulten Aktiven überlassen. Jedes Chapter hat zudem einen regionalen »Organizer«, also einen Verantwortlichen für die Aktivitäten.

Mitgründer und Chef von AV Paul Bashir bezeichnet dieses Modell auf Youtube als »den effektivsten veganen Straßenaktivismus«. Im Grunde handelt es sich aber um klassischen »Vegan Outreach«, also eine altbekannte Strategie liberaler Tierrechts- und Vegangruppen. Überhaupt hat AV wenig selbst erfunden: Das Konzept der Cubes wurde von einer in London entstandenen Aktionsform namens »The Earthlings Experience« übernommen. Auch die verwendeten Masken sind bereits vom Hackerkollektiv Anonymous bekannt.

Wie ein Unternehmen aufgebaut

Das heutige Führungsduo Asal Alamdari und Paul Bashir hatte AV 2016 in Melbourne zusammen mit fünf anderen Aktivisten gegründet. Als Meinungsverschiedenheiten über die Häufigkeit der Aktionen sowie darüber, wer die Organisation präsidiert, aufkamen, haben sie den Zusammenschluss laut der Mitgründer Rochelle Van und Chelsea Kilikidis gekapert. Sie ließen AV auf ihre Namen registrieren und änderten sämtliche Passwörter der Konten in den sozialen Medien, um die anderen Gründer auszuschließen und AV zu einer weltweiten Organisation mit sich selbst an der Spitze aufzubauen. Bashir und Alamdari haben heute die fast alleinige Kontrolle über die AV-Kommunikationskanäle, wie Liberation is Inclusive, ein Zusammenschluss ehemaliger Aktiver in einem Statement zum AV-kritischen Video »Truth of Cube« auf Facebook schreibt.

Bei Demonstrationen, etwa dem Animal Rights March in Köln 2019, tritt AV mit Transparenten auf, die lediglich den Namen der Vereinigung zeigen, inhaltliche Forderungen oder Parolen gibt es dazu aber keine. Es wirkt insgesamt, als solle keine politische Organisation, sondern eine Marke aufgebaut werden.

In der Tat ließen Alamdari und Bashir AV anfangs als »Business« im australischen Handelsregister eintragen, wenngleich sie nach außen den Eindruck erweckten, wohltätig zu agieren. Erst 2018 wurde AV offiziell eine Non-Profit-Organisation. Das Führungsduo behauptet, sie hätten den Aktivismus zunächst aus eigenen Ersparnissen finanziert. Seit dem Einstieg eines Großspenders könnten sie sich jedoch einen kleinen Lohn auszahlen. AV hat allerdings bis heute weder offengelegt, um welche Geldsummen es dabei geht, noch wer der spendable Mäzen ist, geschweige denn, wie aus dessen Unterstützung möglicherweise Abhängigkeiten oder Einflußnahmen auf das Tun der Organisation resultieren. Die Heimlichtuerei ist vor allem darum brisant, weil soziale Bewegungen immer öfter für unternehmerische Zwecke instrumentalisiert werden.

Vorgefertigtes Gesamtpaket

Organisatorisch funktioniert AV analog zum klassischen Franchising-Geschäftsmodell: Jeder kann ein Chapter gründen, wenn er das Standardkonzept umsetzt. Den Teilnehmenden wird ein vorgefertigtes Gesamtpaket vorgegeben, das sie nur ausführen müssen. Zusätzlich fungiert AV auch als eine »Community«, der sie sich zugehörig fühlen können, und fördert Gemeinschaftserlebnisse, etwa durch kollektive Mahlzeiten und Workshops. Ehemalige Aktive berichten aber auch von Konkurrenz um möglichst viele Conversions – Anerkennung gibt es für besonders erfolgreiche Mitglieder, denen der Aufstieg, zum Beispiel zum Organizer,

winkt. Dieser Aktivismus hat etwas von neoliberalem Self-Management: In Eigenleistung, jedoch angeleitet von oben, »bekehren« die Aktiven neue Mitglieder für ihre Organisation und erklimmen so die interne Karriereleiter.

Auch darum erinnert AVs professioneller, durchkalkulierter Auftritt mehr an PR-Strategien von Unternehmen als an klassischen Aktivismus. Konsequenterweise sagt AV-Boss Bashir in einem Interview denn auch über sich, er sei in erster Linie Tierrechtsaktivist, darüber hinaus aber noch »viel mehr«: »Ich bin Künstler, ich bin Entwickler, ich bin Unternehmer.« Einer seiner Verdienste bestehe darin, dass er BWL-Kenntnisse auf den Aktivismus übertragen habe: »Ich glaube, durch uns wurde zum ersten Mal Wissen aus dem Verkaufsbereich in den Outreach eingegliedert, so dass es in der Bewegung mittlerweile bekannt ist, dass Verkaufstaktiken, die Menschen während ihrer täglichen Arbeit lernen, nun auch in diesem Arbeitsbereich, der die Welt verändert, angewendet werden können«, prahlt er in einem Youtubevideo.

Mit Trump-Fans für den Vegan-Lifestyle

Ein politisches Programm, dessen Inhalte über den propagierten Veganismus hinausgehen, lehnt Bashir folglich ab: »Ich habe mich nie um Politik geschert. Sie hat in der Tierrechtsbewegung nichts zu suchen«, befindet er in einem weiteren Video. Als politischen Gegner, den er für Tierausbeutung verantwortlich zeichnet, macht er nicht die Tierindustrie aus, sondern alle, die tierische Produkte konsumieren: »Nichtveganer sind kollektiv verantwortlich für die Versklavung, Folter und Ermordung von 2,7 Billionen Tieren jährlich«. Von Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnissen unter Menschen will man bei AV nichts wissen. Stattdessen lautet das Credo: »Hauptsache für die Tiere«.

Konsequenterweise ist die AV-Führungsspitze offen für Aktive aller politischen Richtungen. George Martin, AV-Sprecher aus Großbritannien, frohlockte etwa 2016: »Das ist die wirklich inklusive vegane Bewegung, die ich will: Ich will, dass Feministinnen neben Männerrechtsaktivisten, neben Grünen, neben Trump-Anhängern für die Tiere auf die Straße gehen«. AV-Chef Bashir macht auch keinen Hehl aus seiner Bewunderung für den US-amerikanischen Tierrechtler Gary Yourofsky, der sich selber als Misanthrop bezeichnet und bürgerrechtlichen Bewegungen die Legitimation abspricht, wenn deren Vertreter Fleischesser sind: »One struggle, one fight, animal liberation, F—K human rights!«, wie er das 2015 auf Youtube formulierte.

Bisherige Kritik greift zu kurz

AV weist Vorwürfe wie den der Rechtsoffenheit trotzdem zurück und bringt Kritiker durch den Ausschluss aus internen Chats und Gruppen zum Schweigen. Für Bashir ist das »In-fighting«, also politische Auseinandersetzungen in den eigenen Reihen, ohnehin das größte Problem: »Das Tierausbeutungsimperium macht mir viel weniger Sorgen als die Auseinandersetzungen innerhalb der Bewegung«. Damit reagiert er auf Vorwürfe von Zusammenschlüssen, die AVs Zusammenarbeit mit Rechten aus gutem Grund kritisieren.

Viele Gruppierungen, die darüber hinaus auch AVs hierarchische Organisationsweise, mangelnde Kritikfähigkeit, das Fehlen von finanzieller Transparenz und Wertschätzung der Basis oder den Fokus auf reine Single-Issue-Politik beanstanden,

Bild: Wikimedia Commons

Cube of Truth: Vegan Outreach in neuem Gewand

fordern stattdessen einen intersektionalen und an niedrigschwelliger Partizipation orientierten Ansatz. »Eine inklusive Bewegung lebt davon, dass sie sich an der ›schwächsten‹ Gruppe orientiert, für ihre Rechte eintritt und Diskriminierungen nicht duldet«, schreibt etwa der Tierrechtstreff Münster in einem Statement zu AV. Doch wenngleich intersektionale Politik den Anspruch erhebt, Befreiungskämpfe zusammenzudenken, wie es beispielsweise auch die Hannoveraner Tierbefreiungsgruppe Liberation Now fordert, lässt ihr Fokus auf Antidiskriminierung und Inklusion die strukturellen Ursachen von Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnissen letztlich ebenso außer Acht.

Einige AV-kritische Organisationen hinterfragen die Vegan-Outreach-Politik indes gar nicht grundsätzlich, sondern wollen sie bloß diskriminierungsfrei betreiben und halten daher an Aktionsformen nach dem Vorbild der Cubes fest: Liberation is Inclusive etwa bewertet diese als »Bereicherung für die Tierrechtsbewegung« und in der Schweiz veranstalten Aktivisten nun »Circles of Compassion«.

Aktivismus wie eine Vermarktungskampagne

Dabei wäre es vor allem die unternehmensartige Strategie von Protest als (Selbst-)Vermarktung, an der die Tierbefreiungsbewegung Anstoß nehmen müsste. Wo es eine radikale Kritik bürgerlicher Eigentumsverhältnisse und die entsprechende kollektive Organisation bräuchte, greifen Organisationen wie AV das Bedürfnis nach Veränderung in Bezug auf den Umgang mit Tieren auf und überführen es in einen kulturindustriell aufgepeppten und primär symbolischen Aktivismus, der nicht nur politisch völlig wirkungslos ist und von zentralen Problemen ablenkt, solange er bloß Vegan-Lifestyle propagiert. Er verkommt auch zum Selbstzweck, wenn das Promoten der eigenen Organisation und Community letztlich sein einziger Inhalt ist. Und im schlimmsten Fall wird dieser Aktivismus zum Einfallstor für »grüne« Unternehmen, die das Engagement für ihre Kapitalinteressen und den Ausbau veganer Marktsegmente instrumentalisieren.

Andere Zusammenschlüsse wie die eingangs genannten DxE und Save funktionieren allen Unterschieden zum Trotz ähnlich: Das Wachstum der eigenen Organisation beziehungsweise Bewegung ist ein wesentlicher Zweck der Arbeit. Ihre Strategien, sofern vorhanden, stammen bestenfalls aus dem Repertoire des Tierschutzes. Ausbeuter werden zwar in seltenen Fällen genannt, doch die konkreten Forderungen der Zusammenschlüsse an die Politik bleiben allgemein und zahm. Gleichzeitig vermitteln alle den Eindruck maximaler Wirksamkeit, obwohl sie die wirklichen Ursachen der Tierausbeutung nicht anrühren. Dadurch bleibt das Engagement in einem konformen Rahmen und es wird die Illusion geschürt, moralische Appelle und veganer Konsum alleine könnten die Tiere befreien. Das gilt selbst dann, wenn die Appelle mittels militanter Aktionsformen wie Schlachthofbesetzungen vorgebracht werden.

Das Wachstum und die relative Popularität von Organisationen wie AV zeigen jedoch, dass sie ein Thema bearbeiten, das viele bewegt und zunehmende gesellschaftliche Relevanz verzeichnet. Um die Probleme aber an der Wurzel zu packen, bedürfte es einer Politik, welche die Tierausbeuter samt der Grundlage ihrer Produktion angeht und Tierproduktion als politisch-ökonomisches, nicht primär individuelles Problem fasst. Es läge also an einer linken Tierbefreiungsbewegung, das Potenzial der an Veganismus und Tierbefreiung Interessierten aufzugreifen, sie nachhaltig zu politisieren und für einen Kampf gegen die kapitalistische Tierindustrie sowie für deren Rück- und Umbau zu organisieren, statt Tierbefreiung allein als Frage einer möglichst inklusiven und intersektionalen Diskurs- und Skandalisierungspolitik zu fassen. Dafür muss aus der bisherigen Bewegungsgeschichte gelernt werden: Vegan Outreach, Mitleid und Konsumpolitik allein sind stumpfe Schwerter, solange wir nicht in die Produktions- und Eigentumsverhältnisse eingreifen.

Tierrechtsgruppe Zürich

Klimakampf am Werktor

Münchener Umweltaktivisten wollen grundlegende gesellschaftliche Veränderungen statt moralische Appelle

Das Offene Antikapitalistische Klimatreffen München (OAKM) ist eine politische Organisation für all jene, die der Ansicht sind, dass die Klimakrise und die kapitalistische Produktionsweise untrennbar miteinander verbunden sind und zusammen bekämpft werden müssen. Seit der Gründung des Klimatreffens 2019 tragen die bayerischen Genossen diesen Ansatz auf die Straße und konfrontieren die Verursacher der Erderwärmung mit ihrem Protest. Im Interview sprechen sie über ihre klassenpolitischen Positionen, ihre Praxis und die Probleme der Klimabewegung.

Der von Greta Thunberg initiierte »Schulstreik für das Klima« gab im Herbst 2018 den Anstoß für eine neue Bewegung gegen den globalen Klimawandel. Wie steht Ihr zu dieser, und wie verortet Ihr sie politisch?

Fridays for Future (FFF) hat viele Menschen dazu gebracht, gegen die Zerstörung unseres Planeten auf die Straße zu gehen, und das ist erst einmal sehr erfreulich. Aber weil diese Bewegung in kurzer Zeit sehr viel Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat, gab und gibt es den Versuch des Establishments, sie für sich zu vereinnahmen. Da wird dann plötzlich Greta Thunberg auf den Wirtschaftsgipfel von Davos eingeladen, also von all jenen, die die Klimakatastrophe befeuern. Diese Vereinnahmung hat sicher mit dazu beigetragen, dass FFF von Anfang an eine sehr unkritische Haltung zum Staat und zu den Konzernen eingenommen hat. Statt Veränderungen in der Produktion zu fordern, hat die Bewegung lange ausschließlich darauf gesetzt, Appelle an die Politik zu richten oder das Konsumverhalten der Menschen zu kritisieren. Wir haben seit Beginn ein solidarisches Verhältnis zu FFF, aber in Diskussionen auch immer wieder dargelegt, warum wir der Ansicht sind, dass die Bewegung keine sinnvolle Strategie zur Lösung der Klimafrage liefert.

Ihr haltet also Appelle an die Volksvertreter, endlich »Verantwortung zu übernehmen«, für naiv. Warum kann man denn auf diese Weise keine Kursänderung in der Klimapolitik erwarten?

Der Grund dafür, dass die Politiker nichts gegen die Erderwärmung tun, ist ja nicht Faulheit oder Unwissenheit. Sie vertreten in erster Linie die Interessen der großen Konzerne. Wenn beispielsweise der Energiekonzern RWE ein Dorf dem Erdboden gleichmachen will, um dort nach Kohle zu baggern, kann er auf die Unterstützung der Politik setzen. Ebenso hat die Automobilindustrie in der Coronakrise trotz Dividendenausschüttung Staatsgelder kassiert. Echten Klimaschutz können wir nur gegen die heutigen Vertreter der staatlichen Politik durchsetzen.

Was genau vermittelt Ihr inhaltlich, wenn Ihr Aktionen macht, und wie stellt Ihr sicher, dass Eure Message ankommt?

Zwei Punkte sind uns besonders wichtig: Der Kampf um Veränderungen in der Produktion statt moralische Konsumkritik und der Standpunkt der lohnabhängigen Klasse. Denn der Kampf gegen die Klimakatastrophe ist ein Klassenkampf. Wir sitzen nicht alle im vielbeschworenen selben Boot. Hinter der immer weitergehenden Zerstörung unserer Umwelt und des Klimas stehen die Interessen des Kapitals, der Eigentümer und großen Investoren, für die Klimaschutz eine Minderung ihrer Profite bedeuten würde. Auf der anderen Seite stehen die Interessen der werktätigen Bevölkerung. Wenn wir gegen bestimmte Konzerne protestieren, verteilen wir beispielsweise Flyer vor deren Betriebsstätten und versuchen, mit den Beschäftigten ins Gespräch zu kommen. Uns ist wichtig zu zeigen, dass die Arbeiter und die Klimabewegung objektiv einen gemeinsamen Kampf führen.

Die Arbeiter für Umweltthemen zu gewinnen, ist aber nicht immer ganz einfach. Schließlich fürchten sie häufig um ihren Arbeitsplatz, etwa wenn sie in der Autoindustrie oder im Braunkohlerevier beschäftigt sind. Was genau sagt Ihr also den Kollegen am Werktor?

Als beispielsweise Siemens im Dezember 2019 zugesagt hat, dem Großkonzern Adani beim Bau einer großen Kohlemine zu helfen, haben wir vor den verschiedenen Siemens-Werken in München Flugblätter an die Arbeiter verteilt, deren Stoßrich-

Bild: Offenes Antikapitalistisches Klimatreffen München

Protest gegen das Kohleausstiegsgesetz, welches die Kohlekraft in der BRD bis 2038 absichert

tung war: Ihr und wir haben beide kein Interesse an dem Bau, und es ist eine Frechheit, dass weder ihr noch wir darüber bestimmen dürfen. Wir haben eine Menge positiver Rückmeldungen von den Beschäftigten bekommen. Denn viele von ihnen sind auch überhaupt nicht glücklich, dass ihr Arbeitgeber dabei hilft, den Klimawandel zu beschleunigen. Klar ist, dass viel zu viele Entscheidungen einfach über die Köpfe der Beschäftigten hinweg gefällt werden, und da können und sollten wir einhaken. In der Braunkohle beispielsweise wissen alle, dass der Ausstieg früher oder später kommen wird. Aber es gibt zu wenige Konversionsstrategien. Ein Ausstieg darf nicht gleichbedeutend mit Arbeitslosigkeit sein. Wir müssen die Auseinandersetzung darüber, wer ihn gestaltet und was nach der Kohle kommt, politisieren, um die Beschäftigten einzubinden und sie für die gemeinsame Sache zu gewinnen.

Ihr fordert die Enteignung von Banken und Konzernen. Warum und mit welcher Perspektive?

Der permanente Drang zur Ausweitung der Produktion und Senkung der Kosten ist der Hauptgrund für die Verschärfung der Klimakrise. Er rührt daher, dass die Eigentümer der Banken und großen Konzerne möglichst viele Profite generieren wollen. Eine Enteignung böte uns die Möglichkeit, selbst über die Produktion zu entscheiden. Wir könnten darüber befinden, ob wir Kohle- oder Solarstrom produzieren wollen, ob Fleisch auf der Basis von Massentierhaltung hergestellt werden soll und ob wir wollen, dass immer größere Autos gebaut werden. All diese Entscheidungen sollten demokratisch von der Gesellschaft getroffen werden und nicht von einzelnen Vorstandsvorsitzenden. Damit das möglich werden kann, müssen wir die Kontrolle über die Produktionsmittel gewinnen – sie enteignen.

Und was wären Eure konkreten Vorschläge, die als realpolitische Sofortmaßnahmen bereits hier und heute umgesetzt werden müssten?

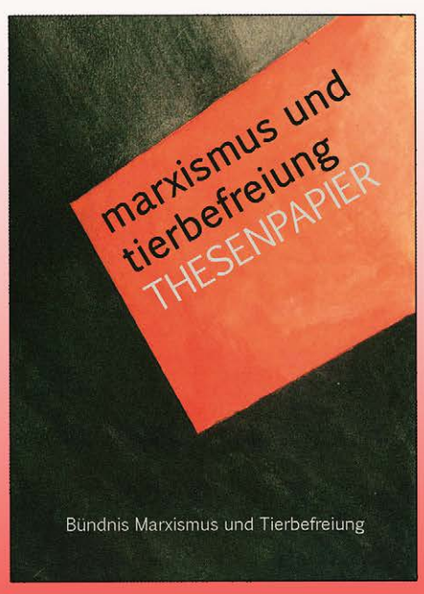
Das kommt auf die Definition von Realpolitik an. Ist damit gemeint, was sofort durchsetzbar wäre, wenn wir die Kraft dazu hätten, oder was wir denken, das die Regierung umzusetzen bereit wäre? Dazwischen liegen nämlich Welten. Gemessen an der Handlungsbereitschaft unserer Regierung scheint schon die Forderung des Ausstiegs aus der Kohle in den kommenden zehn Jahren, ohne die ehemaligen Bergarbeiter arbeitslos zurückzulassen, fast nicht mehr realpolitisch. Ein guter Anfang wäre es in jedem Fall, den Ausbau der erneuerbaren Energien voranzutreiben, zum Beispiel indem man die Abstandregelungen im Bereich der Windkraft kippt. Weitere mögliche Sofortmaßnahmen wären die Zurücknahme aller Subventionen für klimaschädliche Technologien, die Einführung günstiger Bahntickets, ein Verbot von geplanter Obsoleszenz. Aber realpolitisch wird jede einzelne dieser Maßnahmen erst, wenn wir stark genug sind, sie durchzusetzen.

Unter Berücksichtigung einer Konversionsstrategie im Sinne des Umweltschutzes und der Interessen der Beschäftigten erachtet Ihr einen sofortigen Ausstieg aus der Kohle als sinnvoll. Aber wie steht Ihr zur Fleischindustrie, die laut der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen für 14,5 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich ist?

Die Fleischindustrie als Industriezweig, der durch massive Ausbeutung von Mensch und Natur Profite erwirtschaftet, ist auf jeden Fall reif für den Sofortausstieg. Dabei geht es uns nicht um die ethische Frage, ob Fleischkonsum vertretbar ist oder nicht, und auch nicht darum, Menschen moralisch anzuklagen, wenn sie ein Schnitzel essen. Es geht um eine Branche, in der Arbeiter und Tiere unter ekelhaftesten Bedingungen gequält werden, um solche Massen an Fleisch zu produzieren, dass man weltweit die Märkte damit überschwemmen kann. Diese Branche sollte so definitiv nicht weiter bestehen dürfen.

Interview: Daniel Werding

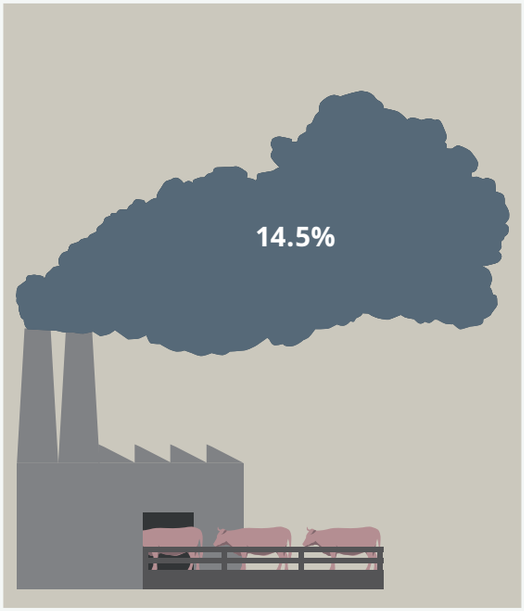
Das OAKM online:
Homepage: klimaguerilla.noblogs.org
facebook: fb.com/klimatreffen



Publikationen des Bündnisses Marxismus und Tierbefreiung: Thesenpapier »Marxismus und Tierbefreiung« (2017, 46 Seiten), Diskussionspapier »Warum wir eine Offensive gegen die Fleischindustrie brauchen« (2019, 34 Seiten), Zeitung »Dem Schlachten ein Ende setzen« mit 18 Beiträgen (2014, 40 Seiten). Bestellung gegen Porto und Spende: **mutb@riseup.net**

Anzeige

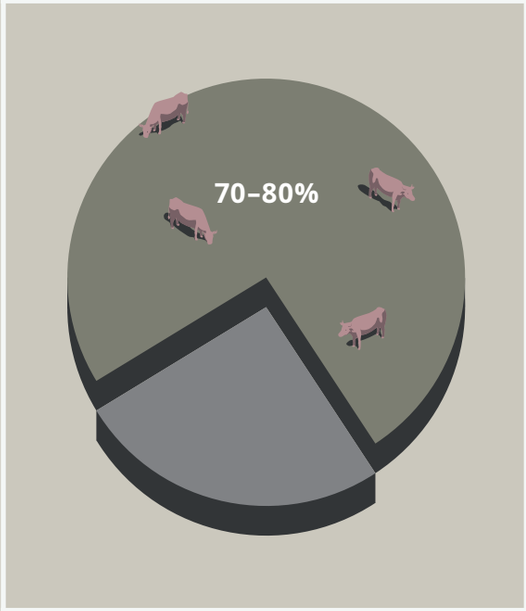
Klimawandel



Die Tierproduktion (insbesondere die Tierhaltung und die Futtermittelherstellung) emittiert 14.5 Prozent der weltweit vom Menschen verursachten Treibhausgase.

Quelle: FAO 2013

Landverbrauch



Die Tierproduktion (Weideland, Haltung und Futtermittelherstellung) nimmt zwischen 70 und 80 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche der Erde in Beschlag.

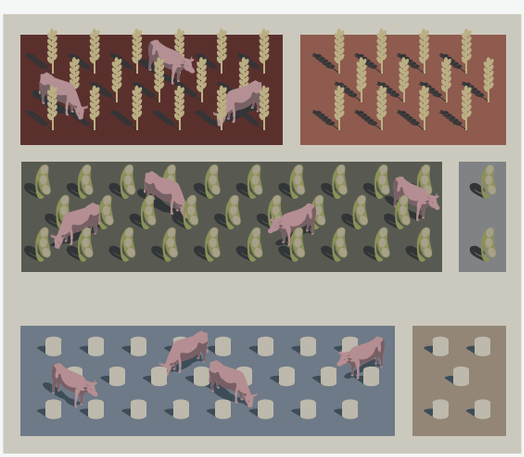
Quelle: FAO 2006

Verpestet. Verschmutzt. Verwüstet.

Wie die Tierproduktion die Natur zerstört

Futtermittelanbau

56 Prozent des global produzierten Grobkorns (Mais, Hirse, Gerste, Hafer, Roggen) und knapp 90 Prozent des weltweit produzierten Sojas dienen als Futtermittel in der Tiermast.



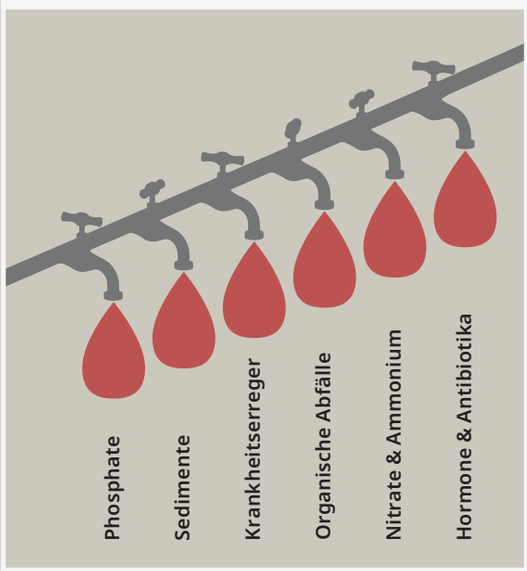
Quellen: FAO 2019, BUND 2021

Abholzung

Allein im Amazonasgebiet gehen 80 Prozent der Tropenwaldabholzung zwischen 1970 und 2013 auf das Konto der Rindfleischerzeugung.

Quelle: RAISG 2015

Wasserverschmutzung



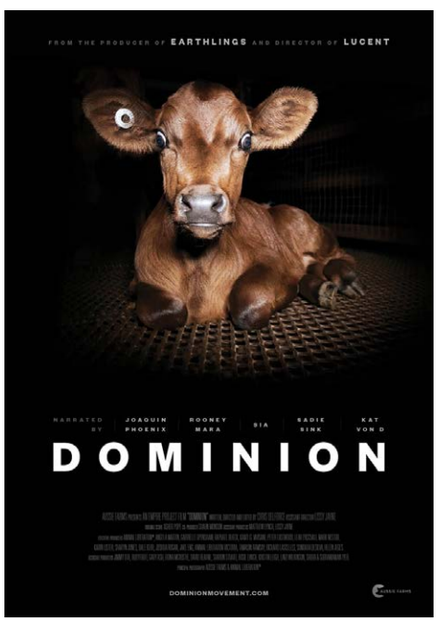
Die industrielle Tierhaltung und der angeschlossene Futtermittelanbau sind der maßgebliche Grund für die Verunreinigung des Grund- und Oberflächenwassers.

Quelle: FAO/IWMI 2018

Vegankonsum statt Klassenkampf

Wie zwei Dokumentarfilme den kapitalismuskonformen Umgang mit Naturzerstörung und Tierausbeutung propagieren

In den letzten zehn Jahren sind zahlreiche Filme über Ökologie, Veganismus und Tierrechte erschienen, die durch Streamingdienste wie Netflix teilweise ein großes Publikum erreichen konnten. So auch die Dokumentationen »Cowspiracy« (USA, 2014) und »Dominion« (AUS, 2018). Erstere zeigt die von der Fleischindustrie verursachte Naturzerstörung auf und problematisiert, dass Öko-NGOs zu diesem Problem schweigen. Letztere thematisiert die Ausbeutung fühlender Kreaturen in der Tierindustrie. Beide verfolgen also ehrenwerte Anliegen – sie suggerieren ihrem Publikum letztlich jedoch kapitalismuskonforme Lösungen für Probleme, die vom Kapitalismus verursacht sind.



Horror der Tierindustrie und beredtes Schweigen

Die Filmemacher haben ihren Dokus jeweils eine ähnliche Struktur gegeben: Der Problemaufriss ist in beiden Fällen derart spannungsgeladen, dass beim Zuschauer das Verlangen nach einer schnellen Lösung erzeugt wird. In »Cowspiracy«, produziert von Kip Andersen und Keegan Kuhn, wird die Dramatik über zwei einander kontrastierende Erzählstränge erzeugt: Zunächst wird gezeigt, wie sich Repräsentanten unterschiedlicher US-Umweltorganisationen in Interviews weigern, zu den ökologischen Verheerungen, die die Tierindustrie hervorbringt, Stellung zu beziehen. Um ihr Schweigen zu skandalisieren, stellen Andersen und Kuhn diesen Sequenzen eine Flut von Daten und Expertenaussagen gegenüber, die die Folgen der Fleisch- und Milchproduktion für die Natur dokumentieren. Der Effekt: Zuschauer können sich kaum mehr dem Gedanken entziehen, dass schleunigst etwas gegen diese Destruktion unternommen werden muss.

»Dominion« von Chris Delforce und Shaun Monson hat zwar einen anderen inhaltlichen Fokus, nämlich das Leiden der Tiere, arbeitet aber mit einer ähnlich einnehmenden Narration: In 18 Kapiteln zeigt der Film, wie verschiedene Tierspezies ausgebeutet werden, darunter industriell gemästete Schweine, Hühner und Fische sowie Tiere in der Fell- und Unterhaltungsindustrie. Die Aneinanderreihung aufwändig recherchierter Bilder, die das Elend der Tiere eindrücklich visualisieren, lässt den dringenden Wunsch aufkommen, ihre Qual oder zumindest der Film möge endlich enden.

Katharsis und affirmative Lösungen

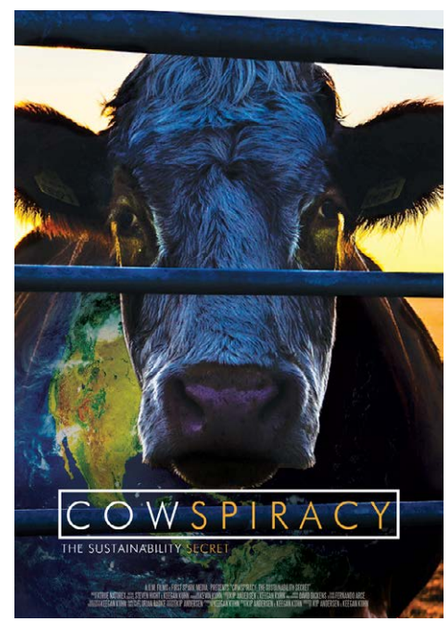
Beide Filme schaffen aber nicht nur das Bedürfnis, das Problem der Naturzerstörung respektive des Tierleids aus der Welt zu schaffen. Sie bieten dem Zuschauer auch gleich Handlungsansätze an: »Cowspiracy« führt das beredte Schweigen der Öko-NGOs zu Recht auf die politische und ökonomische Macht der Tierindustrie zurück. Statt jedoch zum Kampf gegen genau diese Industrie und ihre Profiteure aufzurufen, stellt der Film dann den veganen Konsum als Patentrezept zur Lösung der Probleme vor.

»Dominion« löst die Spannung dadurch, dass zum Schluss des Films angenehmere Bilder von Tieren eingespielt werden. Eine Stimme aus dem Off erklärt den Zuschauern dazu, dass Tierausbeutung eine Folge des Speziesismus sei. Auch hier wird schlussendlich bloß ein veganer Lebensstil, gepaart mit antispeziesistischem Denken, als Ausweg dargestellt.

Verantwortliche und Profiteure werden ausgeblendet

Schnelle Schnitte, Bombardements mit Daten und Fakten bei »Cowspiracy« und die Montage schwer zu ertragender Bilder bei »Dominion« verstellen letztlich die Möglichkeit, die gezeigten Probleme in einen Zusammenhang mit der kapitalistischen Produktionsweise zu bringen. Der Publikumsblick wird, der Argumentationslogik der Filme folgend, auf »Lösungen« verengt, die weder die Tierindustrie noch den Kapitalismus ernsthaft bedrohen: eine Veränderung des Denkens sowie der individuellen Lebensweise.

Die zentralen Verantwortlichen für Tierausbeutung und Naturzerstörung werden so weitgehend ausgeblendet: die Eigentümer und Manager der Tierindustrie. Zwar heben die Filmemacher das Ausmaß des Tierleids und der ökologischen Verwerfungen eindrücklich hervor, und sie sprechen sogar vage die Profitorientierung als Problem an. Gleichzeitig unterlassen sie es aber, die Profiteure und das System, das ihnen die Ausbeutung der Tiere erlaubt, beim Namen zu nennen. Beide Dokumentationen stellen ferner kaum einen



Bezug zu Tierrechts- oder Umweltbewegungen her. Ganz zu schweigen von den Arbeitern in der Tierindustrie, deren (Über-)Ausbeutung komplett ignoriert wird. Bei »Dominion« kommen die Arbeiter sogar nur in der Rolle der Täter daher.

Vor diesem Hintergrund wird auch verständlich, warum Dokus wie »Cowspiracy« Eingang in die Welt der Streamingdienste gefunden haben: Moralismus, Konsumkritik und vegane Lebensweise sind akzeptabel, Systemkritik, Klassenkampf und revolutionäre Realpolitik für die Befreiung von Mensch und Tier hingegen nicht.

Monika Kern

Tiefste Menschlichkeit

Zum Motiv der Tierrettung in Wladimir Majakowskis »Ode an die Revolution«

Wladimir Majakowski mit seinem Hund, 1924

Wladimir Majakowski (1893–1930) gilt bis heute als bedeutendster Dichter der Sowjetunion. Sein 1918 veröffentlichtes Poem »Ode an die Revolution« atmet, vom Zeitgeist und den damaligen historischen Ereignissen beseelt, noch das authentische Pathos der Oktoberrevolution. Der Dichter zelebriert sie »wie ein Feiertagsgetränk«. Er ist sich des Ausgangs der »doppelgestaltigen« Umwälzung zwar noch nicht gewiss, weiß nicht, ob sie als »stattliches Bauwerk« aufstehen oder als »Ruinenhauf« enden werde. Und doch preist er »das einfach menschliche Werk«, mithin seine Träger, begrüßt den unerbittlichen Kampf gegen die Feinde der Revolution, etwa den »Narren in Christo«, den um »Schonung bettelnden Heils-Demiurgen« und die Konterrevolutionäre unter den Militärs wie die »kopfüber über Bord von der Brücke zu Helsingfors« gestoßenen »grauhaarigen Admiräle«. Er weiß sehr wohl um reaktionäre ideologische Bewusstseinslagen, schwenkt ihnen aber das Fanal der eigenen Revolutionsemphase entgegen: »Dich verdammt der Spießerschrei:/ ›Dreimal sei vermaledeit!‹/ Ich übertäub ihn/ Mit dem Poetenwort:/ ›Viermal sei gepriesen und gesegnet!‹.«

Und im chaotischen Menschengewühl der tobenden Revolutionswirren, selbst noch beim grandiosen Bild des dem Untergang geweihten Kreuzers findet sich der eingeschobene Vers: »Aufs sinkende Schlachtschiff/ Schickst du Matrosen/ Dorthin/ Wo vergessen/ Ein Katerchen miaut.« Und man mag sich fragen, was es mit diesem aus dem Gesamtduktus des Poems aus dem Rahmen fallenden Motiv eines miauenden Katerchens auf sich habe. Majakowski thematisiert doch die Erhabenheit des Klassenkampfes, die Gefahren der Konterrevolution, listet mithin die Reaktionen von Kirche und zaristischen Militärs auf, zeigt die Opfer der Empörung, die »gestrigen Wunden«, die »geöffneten Venen« – was soll da das Bild eines einzelnen kleinen, einsamen Tieres?

Mehrere Antworten bieten sich auf diese Frage an. Wäre Majakowski ein romantischer Dichter, könnte der Verdacht aufkommen, es ginge ihm um Rührseliges. Schlechte Romantik und die noch üblere Kitschindustrie Hollywoodscher Couleur verstehen sich meisterhaft darauf, die gängige Einsicht, dass Kinder und Tiere »die Show stehlen«, aufs Effektivste manipulativ einzusetzen. Ein »miauendes Katerchen« mag das, gezielt eingesetzt, in der Tat auch bei einer Revolution. Nicht selten geschieht dies in ideologischer Absicht, unter anderem um die Essenz des revolutionären Aktes zu desavouieren. »Wo gehobelt wird, fallen Späne«, heißt es bekanntlich zum einen in apologetischer Absicht, zum anderen lässt sich aber auch nicht in Abrede stellen, dass die Revolution »ihre Kinder frisst«, was im massiven Terrorfall dunkle Schatten auf Gesinnung und Moral der Revolution zu werfen vermag (zuweilen wird auch dieser Einwand in bewusst manipulativer ideologischer Absicht verwendet).

Ein vom Emotiven absehender, eher zum bilanzierenden Tatsachenbefund geneigter Zugang findet sich im Begriff des Kollateralschadens, einer dem Hobel-Späne-Paradigma verschwisterten Kategorie. Beim Kollateralschaden wird stets davon ausgegangen, dass Unbeteiligte beziehungsweise Unschuldige beim revolutionären Gewaltakt unvermeidbar in Mitleidenschaft gezogen werden. Wenn man aber bei Kriegen, die ja als Männersache galten, noch den kollateralen Tod von Frauen und Kindern zu beklagen pflegte, so war man relativ unbekümmert über den Tod von Tieren. Auf dem Schlachtfeld getötete Pferde gehörten zum Kalkül. Es sollte lange Jahrzehnte dauern, ehe Filmemacher sich genötigt sahen zu versichern, dass in den Dreharbeiten für ihre Werke eingesetzte Tiere keinen Schaden erlitten haben; davor wurde es für selbstverständlich erachtet, dass Tiere bei Kinoproduktionen sich (»für die Kunst«) verletzen oder gar sterben können. Eine suggestive Verbindung des Kollateralen mit dem Emotiven findet sich bei Sergej Eisenstein. Unvergesslich die Szene in seinem Film »Oktober«, in welcher der Kadaver eines gestürzten Pferdes an einer sich erhebenden Brückenhälfte hängt. Selten ist die an Tieren begangene Barbarei menschlicher Zivilisation so eindringlich cineastisch vorgeführt worden.

Aber es gibt noch eine ganz andere mögliche Antwort auf die Frage, was das Motiv des miauenden Katers auf dem Schlachtschiff in Majakowskis Poem zu bedeuten hat. Die emanzipatorische Emphase, die das Gedicht des russischen Dichters durchweht, mag sich nämlich auf mehr als nur den revolutionären Kampf des Menschen für den Menschen erstrecken; sie mag sich auch auf die Tiere beziehen. Schon bei Marx ist ein durch die radikale Umwälzung der Gesellschaft gezeitigtes Ende der Naturunterjochung mit angedacht. Marx nimmt allerdings keinen vornehmlichen Bezug auf die Tiere, sondern verharrt im dialektischen, freilich abstrakt verhandelten Gegensatz von Mensch beziehungsweise Gesellschaft und Natur. Er behandelt diesen Gegensatz zudem anhand des Stands der Produktivkräfte seiner Zeit, postuliert mithin die zunehmende Aneignung der Natur durch den Menschen im Hinblick auf die Entwicklung der Produktivkräfte zwecks Überwindung des fundamentalen Mangels.

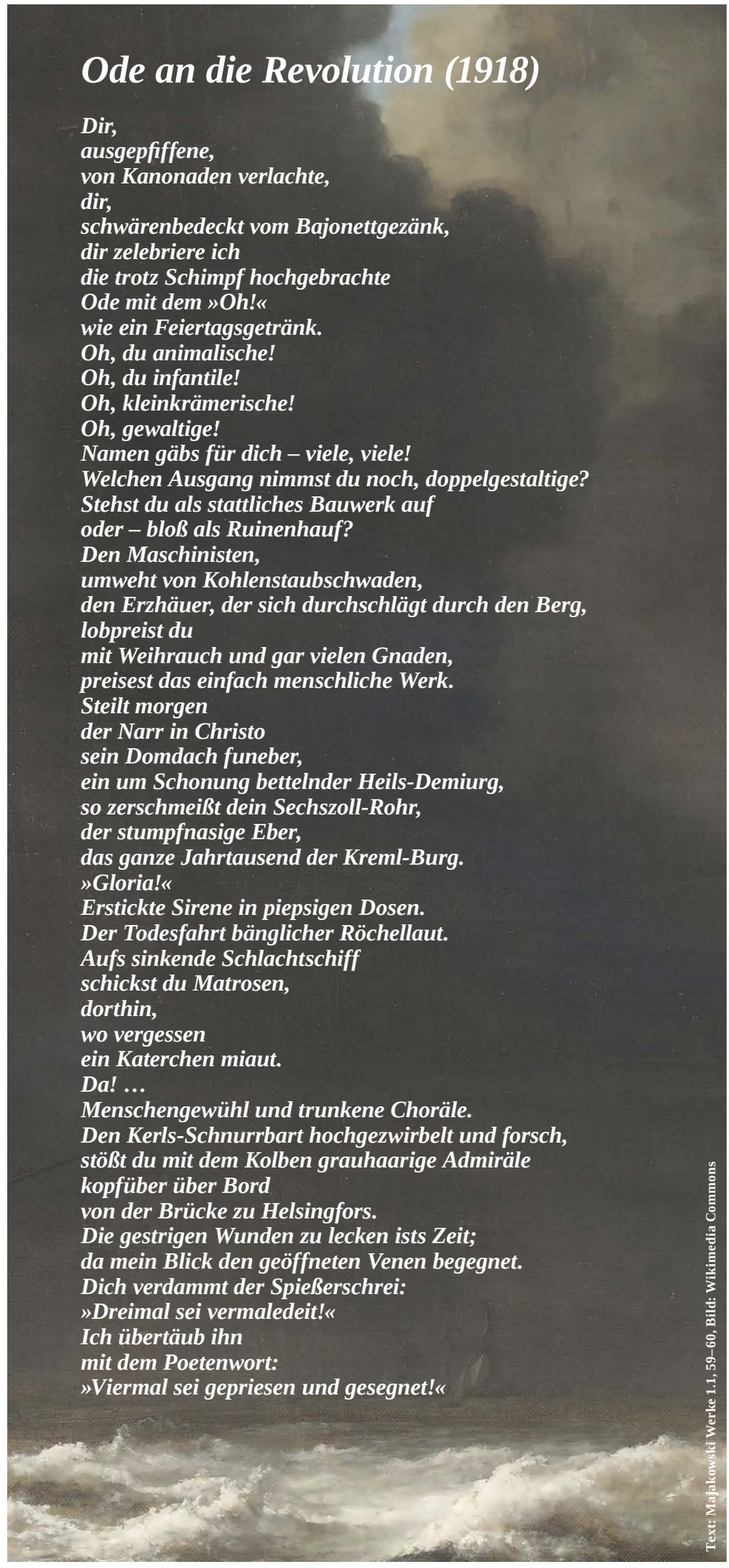
Aber immerhin legt Marx das seinem Denken essentiell inhärierende Paradigma einer künftigen, der Naturbeherrschung folgenden Versöhnung von Mensch und Natur dar. Bei Majakowskis Kater-Motiv muss man indes unweigerlich an eine andere große Revolutionärin denken, deren Verhältnis zu Tieren nachgerade legendär geworden ist: Rosa Luxemburg. Sie hat der wohl persönlich intimsten, zugleich aber auch das Allgemeine der Unterdrückung der Tiere mitreflektierenden Beziehung zu ihnen vielfach einen besonderen Aus-

druck verliehen. Rosa Luxemburg liebte Tiere. Sie liebte sie innig, konnte sich in rührendster Weise an ihnen ergötzen, machte sich Gedanken um ihr grausames Schicksal, kümmerte sich in großer Sorge um sie, wo immer sie konnte. Briefe an ihre Sekretärin Mathilde Jacob aus dem Frauengefängnis beendete sie mit emotionalen Grußworten an die Gehilfin und an ihre Katze: »Tausend Küsse Ihnen und Mimi« oder »Ich umarme Sie und Mimi in schrecklicher Sehnsucht«.

Aber nicht nur der eigenen Katze galt ihre Sorge, sie galt den Tieren allgemein. Ihr schier endloses Mitgefühl ließ sie dem sterbenden »Flieglein« nicht weniger zuteilwerden als Vögeln und Rindern. Literarische Weltberühmtheit erlangte ihr zutiefst bewegender Büffel-Brief. Bei ihr lässt sich Revolutionsemphase und innigste Emotion angesichts des grausamen Tierschicksals nicht auseinanderhalten. Noch in der blutigen Straßenschlacht, im Gefängnis bangend, wusste Rosa Luxemburg, wahrhafte Versöhnung von Mensch und Natur, von Mensch und Tier visionierend, zu sagen: »Rücksichtsloseste revolutionäre Tatkraft und weitherzigste Menschlichkeit, dies allein ist der wahre Odem des Sozialismus. Eine Welt muss umgestürzt werden, aber jede Träne, die geflossen ist, obwohl sie abgewischt werden konnte, ist eine Anklage; und ein zu wichtigem Tun eilender Mensch, der aus roher Unachtsamkeit einen Wurm zertritt, begeht ein Verbrechen.«

Es will scheinen, als liege dieser Konnex von sozialistischem Revolutionskampf, Emanzipationsemphase und authentischer Sorge um die Tierwelt auch dem Kater-Motiv in Majakowskis Poem zugrunde. Denn der Dichter spricht, die Revolution anredend, letztlich von einer realen Mission: »Aufs sinkende Schlachtschiff/ Schickst du Matrosen/ Dorthin/ Wo vergessen/ Ein Katerchen miaut.« Und als gelte es auch im Gedicht, die Mission erfolgreich zu vollenden, folgt in der nächsten Zeile »Da! …« Ein Ausdruck zielstrebigen Suchens. Das zurückgelassene Tier ward gefunden, vermutlich auch gerettet. Dieses »Da!« tilgt jeglichen Verdacht von Kitsch und manipulativer Sentimentalität, es handelt sich um keine Abstraktion, keine Begriffsspielerei – ein Kater wurde im Schlachtgetümmel vergessen, das hilflose Geschöpf darf nicht der menschengemachten Gewalt überlassen werden. Dies hat Majakowskis miauendes Katerchen mit Rosa Luxemburgs zertretenem Wurm gemein – in diesen Motiven spiegelt sich tiefste revolutionäre Menschlichkeit.

Moshe Zuckermann



Ode an die Revolution (1918)

Dir,
ausgepfiffene,
von Kanonaden verlachte,
dir,
schwärenbedeckt vom Bajonettgezänk,
dir zelebriere ich
die trotz Schimpf hochgebrachte
Ode mit dem »Oh!«
wie ein Feiertagsgetränk.
Oh, du animalische!
Oh, du infantile!
Oh, kleinkrämerische!
Oh, gewaltige!
Namen gäbs für dich – viele, viele!
Welchen Ausgang nimmst du noch, doppelgestaltige?
Stehst du als stattliches Bauwerk auf
oder – bloß als Ruinenhauf?
Den Maschinisten,
umweht von Kohlenstaubschwaden,
den Erzhäuer, der sich durchschlägt durch den Berg,
lobpreist du
mit Weihrauch und gar vielen Gnaden,
preisest das einfach menschliche Werk.
Steilt morgen
der Narr in Christo
sein Domdach funeber,
ein um Schonung bettelnder Heils-Demiurg,
so zerschmeißt dein Sechszoll-Rohr,
der stumpfnasige Eber,
das ganze Jahrtausend der Kreml-Burg.
»Gloria!«
Erstickte Sirene in piepsigen Dosen.
Der Todesfahrt bänglicher Röchellaut.
Aufs sinkende Schlachtschiff
schickst du Matrosen,
dorthin,
wo vergessen
ein Katerchen miaut.
Da! …
Menschengewühl und trunkene Choräle.
Den Kerls-Schnurrbart hochgezwirbelt und forsch,
stößt du mit dem Kolben grauhaarige Admiräle
kopfüber über Bord
von der Brücke zu Helsingfors.
Die gestrigen Wunden zu lecken ists Zeit;
da mein Blick den geöffneten Venen begegnet.
Dich verdammt der Spießerschrei:
»Dreimal sei vermaledeit!«
Ich übertäub ihn
mit dem Poetenwort:
»Viermal sei gepriesen und gesegnet!«

Text: Majakowski Werke 1.1, 59–60, Bild: Wikimedia Commons

Eine andere Wirklichkeit hervorbringen

Anmerkungen zu revolutionärer Kunst, Gegenkultur und Ästhetik

Der Kapitalismus herrscht zunehmend durch permanente Ästhetisierung der real existierenden Welt. Dafür hat er sich mit der Kulturindustrie eine Apparatur geschaffen, deren Funktion bei Weitem nicht nur darin liegt, jede verwertbare kreative Regung zu vermarkten. Vor allem dient jene als Anlage zur Produktion von falschem Bewusstsein von den Ausbeutungsverhältnissen, die durch die den Massen verabreichte Kultur ideologisch verschleiert oder legitimiert werden. Alles historisch Gewordene erscheint als unabänderlich und daher jeder Widerstand als zwecklos; es soll auch noch der letzte Gedanke daran verschwinden. Und wie etwa der kommerzialisierte Punk und in den »Simpsons« eingelagerte und integrierte Subkultur zeigen: Kulturindustrie liefert in ihrem Rundum-Sorglos-Paket sogar die Rebellion gegen sich selbst mit.

»Fleischmarkthalle III« von Alfred Hrdlicka (Lithografie, 70 x 100 cm, 1954)

Der 2020 verstorbene nicaraguanische Dichter Ernesto Cardenal forderte einst mit seinem Weckruf »Reißt die Zäune ein, steht alle auf, auch die Toten!« von fortschrittlichen Künstlern die widerständige Konfrontation mit den konkreten falschen Verhältnissen, aber auch, dass sie die Potenziale der Kunst als letztes Bollwerk gegen die Verblendung voll ausschöpfen und das scheinbar Unmögliche als Mögliches erkennbar machen. Es geht also um nichts weniger als darum, die schlechten herrschenden Verhältnisse zu transzendieren und Vorstellungen von der befreiten Gesellschaft aufscheinen zu lassen – nicht um diese, wie es bürgerliche Kunst tut, aus der Ferne als Sehnsuchtsort anzuschmachten, sondern um sie als durch das »größte Kunstwerk« der Menschheit, wie der Komponist Hans Werner Henze die Weltrevolution nannte, realisierbar zu begreifen. »Die Kunst steht gegen die Geschichte, leistet ihr Widerstand, einer Geschichte, welche stets die der Unterdrückung gewesen ist; denn die Kunst unterwirft die Wirklichkeit Gesetzen, die andere als die etablierten sind: den Gesetzen der Form, welche eine andere Wirklichkeit hervorbringt«, verwies Herbert Marcuse auf den subversiven Wesenszug authentischer Kunst, der ihr immanent ist und nicht erst durch manifeste politische Standpunkte, die sie einnehmen und verbreiten kann, hinzukommt. Die ästhetische Form schafft eine radikale Differenz zwischen Kunst und der empirischen Welt und bringt die beiden Sphären in dialektische Bewegung miteinander, durch die sie selbst zum Ausdruck kommt, selbst inhaltliche politische Qualitäten annimmt und über ihre eigenen Grenzen hinausweist.

Als Antithese zur Kulturindustrie achte die authentische Kunst die Massen, »indem sie ihnen gegenübertritt als dem, was sie sein könnten, anstatt ihnen in ihrer entwürdigten Gestalt sich anzupassen«, heißt es in Adornos »Ästhetischer Theorie«. Denn das meiste, was den Lohnabhängigen als »Unterhaltung« zur »Zerstreuung« und »Entspannung« vom tristen Arbeitsalltag vorgesetzt wird, ist nichts anderes als die Deformation (oder gar eine zum Völkischen pervertierte Verzerrung) proletarischer Kultur, die im Bann des neoliberal radikalisierten Kapitalismus heute weitgehend neutralisiert ist und sich erst wieder entfalten muss. Das geschieht nicht bevor »die Beherrschten als emporstrebende, rebellierende Klasse einen eigenen geistigen Lebensinhalt bekommen; erst wenn sie kämpfen, um drückende soziale, politische, geistige Fesseln zu sprengen: erst dann wird ihr Einfluss auf das künstlerische Kulturerbe der Menschheit zu einem selbständigen und daher wirklich fruchtbaren, zu einem entscheidenden«, brachte Clara Zetkin in ihrem Essay »Kunst und Proletariat« von 1911 die zentrale Erkenntnis des historischen Materialismus für die Kunst und Kultur auf den Punkt: Das gesellschaftliche Sein bestimmt auch das schöpferische Bewusstsein der Massen und die Ästhetik ihres Klassenkampfs.

Was bedeutet das für Theorie und Praxis von Gegenkultur? Solange das Bedürfnis, Kultur zu schaffen und zu rezipieren, von den Herrschenden und ihren Marktgesetzen bestimmt wird, muss das Wachhalten des Gedankens an die Möglichkeit der Weltveränderung und deren Postulat unweigerlich mit einer radikalen Ideologiekritik des zugeteilten Entertainments der rund um die Uhr Nonsens plappernden und Reklame fürs Unerträgliche ausstoßenden Kulturindustrie als Lieferant von angeblich »kleinem Glück« und »einzigem Spaß« der Ausgebeuteten verbunden sein. Das gilt für das falsche Versprechen des Schlagers vom Traumurlaub für alle Tüchtigen am Palmenstrand (wenn sie sich im Callcenter oder anderen Bereichen des Niedriglohnsektors nur genügend anstrengen), für die Lüge, dass im

Alkoholkoma gipfelnde Grill- und Junggesellenparties am Wochenende erfülltes Leben sind, erst recht für einen mit Resignation kokettierenden bürgerlichen Realismus, wie er nicht selten von Vertretern der Hamburger Schule verströmt wird, der zynisch für die endgültige Anerkennung einer vorläufigen Niederlage plädiert – »ich habe meinen Frieden gemacht mit den wenigen, die alles haben« (Bernd Begemann). Allemal wenn Konformismus als Opposition camoufliert und die Existenz von Klassenhierarchien geleugnet wird, wie es viele Rapper tun, die sich im linken Milieu etabliert haben und »regressiven Antikapitalismus« skandalisieren, sobald nur jemand von unten auch nur das leiseste Missfallen über die von oben veranlassten Zumutungen artikuliert.

Nicht zuletzt deshalb gehört es zu den vornehmsten Charaktereigenschaften von Kunst und Gegenkultur, die Wahrheit über die Klassengesellschaft zu sagen. In gelungenen Werken findet sich der Abdruck von deren wirklichen Verhältnissen, die ideologisch verhüllt sind. Man denke nur an das Theaterstück »Die Ermittlung« von Peter Weiss aus dem Jahr 1965, das Auschwitz als Treibhaus für die maximalen Mehrwert schöpfende Synthese aus Vernichtung und Ausbeutung (mit null Reproduktionskosten für die Profiteure) beleuchtete und damit das menschheitsverbrecherische Potenzial des Kapitalismus über alle Schmerzgrenzen hinaus freilegte. Oder Ernst Schnabels und Hans Werner Henzes Oratorium und Requiem für Che Guevara »Das Floß der Medusa« von 1968, mit dem niemand weniger als das revolutionäre Kollektivsubjekt, das auf dem Meer von »Federhüten« und »Epaulettenträgern« skrupellos seinem Schicksal überlassen worden war, ans rettende Ufer gebracht wurde, damit es den Kampf aufnehmen konnte, »belehrt von Wirklichkeit, fiebernd, sie umzustürzen«. Beide Werke hatten bei der Bourgeoisie und ihren Medien nicht zufällig Panik und Wut ausgelöst und damit die von ihnen ausgesprochenen Wahrheiten nur noch eindringlicher belegt.

Heute sehen sich Kunst und Gegenkultur mit einer der größten Herausforderungen der Geschichte konfrontiert: Um auf die höchste Not des Planeten Erde vor dem Klimakollaps und Ökozid, der Natur und allem, was in ihr atmet, aufmerksam zu machen und die Solidarität des Lebens einzuklagen, müssen sie sich mit Alarmsirenen Gehör verschaffen, die dem »Schreiklang«, den Bernd Alois Zimmermann in den 1960er-Jahren angesichts der im Kalten Krieg drohenden atomaren Apokalypse in seinen »Soldaten« ausstoßen ließ, in nichts nachsteht – gegen eine mittlerweile kein Außen mehr zulassende und alles übertönende Kulturindustrie. Im Öko-Rave des politisch engagierten Techno-DJ findet sich nicht selten objektiv viel Reklame für einen faulen Green New Deal – und er enthält weitaus weniger Momente, die das sich anbahnende Umschlagen der Quantität von Katastrophen in die Qualität des Endes der Dystopie (durch deren Realisierung) erhellen, als in dem Verstörung und nackte Angst produzierenden Blastbeat, Röcheln und Gekrächze von progressivem Black Metal. Seit Beginn der hochindustrialisierten Moderne gilt: Erst in den Kakophonien, der Dissonanz in den Werken, die sich voll und ganz einer keinen Raum für Trost lassenden Negativität verschrieben haben, wie es etwa Georg Heym mit seinem in »Menschheitsdämmerung« veröffentlichten Gedicht »Der Krieg« (»Pech und Feuer träufet unten auf Gomorrh«) getan hatte, kommen die schrecklichen Konsequenzen der bisher misslungenen Zivilisation und der von ihr gezeitigten Weltenbrände ans Licht. Und erst darin werden die Konturen einer Welt sichtbar, die endlich revolutionäre Perspektiven der Versöhnung zwischen Mensch und Natur eröffnet, die der Reaktionär mit Kulturpessimismus, dekadenter Nekrophilie und nihilistischem Hedonismus erschlägt, der marxistische Humanist hingegen als Koordinaten für den Weg zu der Front zu lesen weiß, an der er zu kämpfen hat.

»Fleischmarkthalle« von Alfred Hrdlicka (Lithografie, 34,8 x 24,9 cm, 1954)

Eine historisch-materialistische Ästhetik der Befreiung von Mensch und Natur kommt nicht an Alfred Hrdlickas für das Schaffen des kommunistischen Künstlers fundamentaler Erkenntnis vorbei: »Alle Macht in der Kunst geht vom Fleisch aus« – vom quälbaren Leib. Für seine erste künstlerische Auseinandersetzung mit dessen Leiden in Kriegen, Folterkellern, durch unmenschliche Arbeitsbedingungen, Krankheit, Hunger und andere Entbehrung wählte der Bildhauer und Maler nicht zufällig den Schlachthof. Der Aufstand gegen die Schinderei der verletzlichen Körper war gleichzeitig eine Kriegserklärung an den Idealismus und dessen Verachtung des Fleisches und Schmerzes von Mensch und Tier – und noch mehr: Er verweist auf eine Schnittstelle zwischen Kunst und Wirklichkeit, die Hrdlicka mit seinem Diktum »Die bildende Kunst ist in ihrem gewissen Sinn Inkarnation« freilegte.

Ideologiekritische und aufklärerische Kunst und Gegenkultur wären keine, wenn ihre Theorie nicht auch die Wahrheit über sie selbst, vor allem die Grenzen ihrer Macht sagen würde: Ohne Vergeistigung des Stofflichen keine Kunst, somit kann diese nicht unmittelbar die Realität verändern. Das Elend und Grauen der Gewaltherrschaft im Kapitalismus können nur »vermittels des Als-ob« ausgedrückt werden, so der marxistische Kunsttheoretiker Moshe Zuckermann über die unüberwindbare Kluft zwischen Kunst und Leben, die gesehen werden muss, um nicht Pathos, Sentimentalität und Illusionen zu verfallen. So könne etwa Brechts »Mutter Courage« nie mehr als eine Parabel für den leidvollen Grundzustand des Menschen im Stande der Unfreiheit und der »stumme Schrei« der Figur nicht der »Schrei des real Leidenden, nur der Bühnenschrei eines das Leid Darstellenden« sein.

Aber Arseni Awraamows »Sinfonie der Fabriksirenen«, die Kampflieder Hanns Eislers, Erwin Piscators proletarische »Roter Rummel«-Revue, die zarte Poesie der Nueva-Canción-Bewegung in Lateinamerika und die Liebesgedichte von Erich Fried haben bewiesen: In Zeiten des Aufbruchs wie der historischen Finsternis (des faschistischen Terrors) können Kunst und Gegenkultur als Schaufenster einer besseren Welt und als Waffe der Kritik an der bestehenden auf das Bewusstsein der Menschen einwirken, deren Verhältnis zueinander schließlich die Geschichte bestimmt. Damit nehmen sie vermittelt auch »Gestalt von Praxis« (Adorno) an, und es liegt an allen, die auf der richtigen Seite der Barrikade stehen, ob diese als revolutionäre zum Zuge kommt.

Susann Witt-Stahl

Gesehen. Gehört. Gelesen.

Fehlende Lehren

Der von Casey Suchan und Denis Hennelly (von dem auch das Animal-Liberation-Drama »Bold Native« von 2010 stammt) produzierte Dokumentarfilm rekonstruiert ein wichtiges Kapitel aus der jüngeren Geschichte der Tierrechts- und Tierbefreiungsbewegung: den Kampf gegen den größten europäischen Tierversuchskonzern Huntingdon Life Sciences (HLS).

Mithilfe zahlreicher Interviews und viel historischem Bild- und Tonmaterial zeichnen die Filmemacher ein klares Porträt des US-amerikanischen Ablegers der 1999 in England gegründeten internationalen Kampagne Stop Huntingdon Animal Cruelty (SHAC). Aktivisten wie auch Vertreter der Gegenseite erzählen, wie die Kampagne zuerst beachtliche Erfolge feiern konnte, dann aber aufgrund politischer Repression, wie der Verhaftung und Verurteilung von sieben Campaignern, den SHAC 7, 2006 scheiterte.

Der sehenswerte Film liefert leider kaum Anhaltspunkte, welche Erkenntnisse die Bewegung aus der Niederlage ziehen kann. Jeglicher Widerstand gegen »das System« wird am Ende von zwei ehemaligen SHAC-Aktiven aus dem Off zu Bildern von Demos mannigfaltigen Formats und verschiedener Couleur mit viel Pathos begrüßt. Stattdessen wäre aber angezeigt gewesen, bei den Zweifeln einer anderen Aktivistin, Lauren Gazzola, anzusetzen. Sie stellt die entscheidende Frage nach der richtigen Strategie zur Bekämpfung der Tierausbeutung ins Zentrum, und ihr Resümee lautet: Die breite Mobilisierung, die SHAC angestrebt hatte, sei insgesamt gut gewesen. Aber um eine Firma wie HLS in die Knie zu zwingen, deren Form von Gewalt im Kapitalismus nichts Außergewöhnliches ist, hätte das eben nicht ausgereicht.

Stefanie Keller

The Animal People (2019)
Regie: C. Suchan, D. Hennelly

»Fleisch tötet«

Gründlicher kann ein Popmusikprojekt die Geschichte kaum mehr gegen den Strich bürsten. Während der Kapitalismus mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus seinen triumphalsten Sieg einfuhr und nahezu die gesamte westliche Kulturwelt vor der neoliberalen Agenda und deren repressiven Individualismus in die Knie ging, huldigte das 1988 gegründete Industrial-Hip-Hop-Trio aus San Francisco dem Kollektiv. Als seine Mitglieder ein Jahr später in Politkommissar-Uniformen via Megafon zum »Krieg gegen die Ungleichheit« aufriefen, hagelte es vor allem aus den Autonomen-Szenen dumme Totalitarismusvorwürfe. Dennoch konnten sie mit ihrem Debütalbum »Friendly Fascism« einen beachtlichen Erfolg im linken Milieu einfahren. Nicht zuletzt, weil ihr peitschender Agitprop-Sound, ihre treibenden Beats, ausgeklügelten Samples, intellektuellen Lyrics und eindringlichen Dokufilm-Collagen aus Schreckensbildern von Schlachtungen, Gewaltpornografie und Kriegsgräuel, die erschütternde Wahrheiten über die hochgradige Verdinglichung von Mensch und Natur freilegten, von einer Ästhetik des produktiven Hasses auf die mörderischen Verhältnisse getragen waren. Als historisches Verdienst muss ihnen angerechnet werden, dass sie (wenn auch partiell noch dem scheinradikalen linksliberalen Intersektionalismus verhaftet) mit Songs wie »Meat Kills« die Fleischindustrie als tragende Säule der zunehmend dystopischen Warengesellschaft begriffen und als kulturelle Avantgarde der marxistischen Tierbefreiungsbewegung und des Ökosozialismus gewirkt haben. Nur konsequent, dass sie im Frühsommer 2020 angesichts der anwachsenden Massenproteste in den USA ihre Reunion beschlossen haben.

Susann Witt-Stahl

Consolidated – Friendly Fascism
Nettwerk Records 1991

Ein Schritt vorwärts

Im US-amerikanischen Hardcore-Punk der 1980er und 1990er-Jahre erfreute sich der Straight-Edge-Lebensstil einer großen Popularität. Der offensive Verzicht auf Drogen griff konsumkritische Standpunkte auf, die es bereits in der Punkszene gab. In der Kritik stand auch der Konsum von Tierprodukten, dem ein Plädoyer für eine vegane – oder zumindest vegetarische – Lebensweise entgegengesetzt wurde. Viele Straight-Edge-Bands kamen über moralische Appelle jedoch nicht hinaus. Größen wie Earth Crisis oder Vegan Reich entwickelten teilweise fundamentalistische Züge, die jegliche progressiven Ansätze wieder im kleinbürgerlichen Sumpf versenkten.

Erfreulicherweise gab es auch andere Bands. Der kanadischen Formation Chokehold gelang auf ihrer dritten EP »Instilled«, die sich musikalisch am damals aufkommenden, sehr harten Stil des Hardcores orientierte, ein Schritt nach vorn. In dem Song »Burning Bridges« macht die Band eindeutig die Fleischindustrie als Verantwortlichen für den massenhaften Tiermord aus. Statt Fleisch konsumierende Menschen zu attackieren, gelte es, gegen diejenigen »aktiv zu werden, welche die Industrie kontrollieren«. Ein wichtiger Schritt über individualistische Ansätze hinaus. Mit ihrer These, dass gegen das Fleischkapital gutes Zureden nicht ausreichen würde, sondern möglicherweise auch Militanz nötig sei, nahmen Chokehold ebenfalls auf eine Debatte der Tierrechtsbewegung Bezug, die bis heute andauert. Diese visionären und radikalen Elemente machen die EP zu einem Meilenstein des linken Flügels des Genres.

David Müller

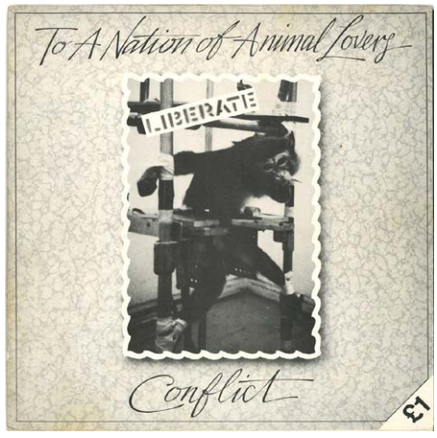
Chokehold – Instilled
Bloodlink Records 1994

Zurück zu den Wurzeln

Mit Hip-Hop als Gegenkultur ist das ja heute so eine Sache. Zwar kommen im Rap-Mainstream ohne Zweifel Angehörige der Arbeiterklasse zu Wort. Weil es denen aber oft nur noch um Autos, Drogen oder neoliberales Dominanzgehabe geht, ist er trotz aller rebellischen Posen in der Regel völlig kapitalismuskonform. Linker Politrap wiederum richtet sich oft nur an die eigene Filterblase, bleibt parolenhaft und lebensfern – subkulturelle Selbstbestätigung statt Gesellschaftskritik.
Dass es anders geht, zeigt Albino – nunmehr seit mehr als 20 Jahren aktiv – mit seinem sechsten Soloalbum: Er erinnert an die revolutionären Traditionslinien des Hip-Hops und setzt ein starkes künstlerisches und politisches Zeichen gegen den reaktionären Zeitgeist im bürgerlichen Establishment und in der Rapszene gleichermaßen. Der Titel der Platte ist Programm: Zu klassischen Boom-Bap-Beats mischt der bekennende Antikapitalist Kritik am kommerziellen Rap (»Be Real«) mit Selbstreflexion (»Wanderung«) und revolutionären Statements, zum Beispiel für die Befreiung der Natur (»Naturwesen«), gegen Kriegspolitik und die Ausgrenzung jüdischer Linker (»Treibjagd«). Das aber nicht mit einem im schlechten Sinne agitatorischen Gestus, der Umsturz und Offensive propagiert, wo beides aber gerade schlichtweg nicht ansteht, sondern mit einer introspektiven und nachdenklichen Atmosphäre, die gerade deshalb umso mehr überzeugt. Die Samples von Zitaten marxistischer Intellektueller und Rapsongs aus besseren Zeiten runden das Album zu einem starken Statement ab, das Kraft gibt und zeigt: Es gibt noch echte Rap-Gegenkultur.

Micha Hoffmann

Albino – Boom Bap. Revolution. One Art 4 Real 2020



Das Unrecht benennen

Kaum eine Subkultur hat sich so konsequent gegen das Bestehende gestellt wie der frühe politische Punk aus Großbritannien. Die Weigerung, sich mit gesellschaftlich produziertem Leid abzufinden, manifestierte sich etwa in Songtexten und unkonventionellem Musikstil.
Als eindrücklichstes Beispiel dieser künstlerischen Haltung gilt die im Jahr 1983 erschienene EP »To a Nation of Animal Lovers« von Conflict, die eine schonungslose Kritik der Tierausbeutung zu Zwecken der Medizin, Fleischproduktion und Unterhaltung formuliert. Ihre eigene einflussreiche Prägung des Hardcore-Punks war auf der Platte bereits erkennbar. Das Tempo des etablierten Punks wurde gesteigert, seine minimalistische Instrumentierung jedoch beibehalten. In den Songs wechseln sich politische Rede und treibender Gesang laufend ab. Das Booklet verweist auf diverse Tierrechtsorganisationen und auf die Animal Liberation Front.
Beeindruckend an dem Album ist, wie prägnant die Texte das Unrecht benennen. Es war völlig klar: Die Ausbeutung der Tiere geschieht im Interesse der herrschenden Klasse, deshalb muss diese angegriffen werden. Den Klassencharakter der Tierausbeutung, die mit der Ausbeutung des Menschen einhergeht, haben Conflict im reichen Aristokratenpaar des ersten Stücks »Berkshire Cunt« versinnbildlicht. Dessen »Wohlstand« sei »durch Mord ermöglicht« – nicht nur an den Tieren, die über den Haufen geschossen werden, sondern auch an den Soldaten niederen Ranges, die in den imperialistischen Kriegen des Kapitals verheizt werden.

David Müller

Conflict – To a Nation of Animal Lovers Corpus Christi Records 1983

Menschenfleisch

Die argentinische Autorin entwirft in ihrem fesselnden Roman ein provokantes Szenario. In ihrer Welt der Zukunft gibt es so gut wie keine Tiere mehr. Sie wurden in einer Phase des »Übergangs« schlicht ausgerottet, weil sie angeblich einen Virus verbreitetet hatten, der für Menschen tödlich ist. Als wäre das nicht schon schlimm genug, haben unter dem »Druck einer milliardenschweren Industrie« und einer »massiven Nachfrage« Menschen den Platz in der Fleischproduktion eingenommen, den zuvor Tiere innehatten.
Die Leser begleiten Marcos Tejo, Geschäftsführer eines Schlachtbetriebs und Hauptfigur der Erzählung, auf seinen Wegen durch das Netzwerk dieser kannibalistischen Menschenausbeutung, die in direkter Linie zur heutigen »Tiernutzung« steht. Von der Aufzucht sogenannter Stücke über die Schlachtung und Zerlegung des »Spezialfleischs« bis zu Menschenversuchen – Bazterrica lässt nichts aus. In einer der kalten Systematik und Normalität der realen Fleischherstellung adäquaten nüchternen und schlichten Sprache schildert sie das ganze Grauen, vor dem auch die Artenzugehörigkeit niemanden mehr bewahrt.
Allerdings: So aufklärerisch der fiktive Rollentausch und die Analogie von Mensch und Tier sind. Die Geschichte ist ein wenig an der Differentia specifica kapitalistischer Tierausbeutung vorbeigeschrieben. Denn diese beruht ja unter anderem darauf, dass das Kapital Tiere als Eigentum behandeln kann – und das aufgrund einer Differenz, die es in dieser Form zwischen Menschen, die zumindest formal die Möglichkeit haben, Lohnarbeiter und Bürger zu sein, nicht gibt.

Christian Stache

Agustina Bazterrica – Wie die Schweine Suhrkamp Verlag 2020

MAGAZIN FÜR GEGENKULTUR

JETZT ABONNIEREN!

JAHRESABO (VIER AUSGABEN) FÜR 26,90 EURO

Abonnieren unter

melodieundrhythmus.com

Abotelefon: 00 49 30/53 63 55-80 oder -81